

Zur Geschichte der Linkspartei. PDS im Land Brandenburg

	
Seniorenarbeitsgemeinschaft	Kommunistische Plattform

Arbeits- und Interessengemeinschaften

Heft 2/2

DIE LINKE. **PDS**
Landesverband Brandenburg

Zur Geschichte der Linkspartei. PDS im Land Brandenburg

Arbeits- und Interessengemeinschaften

Seniorenarbeitsgemeinschaft

Kommunistische Plattform

Heft 2/2

Impressum:

Herausgeber: AG Geschichte beim Landesvorstand DIE LINKE. Brandenburg

Zusammengestellt und bearbeitet: Dr. Horst Maiwald und Landeskoordinierungsrat
der Kommunistischen Plattform unter Federführung von Konrad Hannemann
Leitung: Dr. Gerlinde Grahn

Redaktionsschluss: Juni 2008

Technische Gestaltung: Reinhard Frank

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen

Abkürzungsverzeichnis

Horst Maiwald unter Mitarbeit von

Gerlinde Grahn und Irma Hilka:

Zur Geschichte der Seniorenarbeitsgemeinschaft (SAG)

beim Landesvorstand Brandenburg der Partei DIE LINKE

Landeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform

unter Federführung von Konrad Hannemann:

Zur Geschichte der Kommunistischen Plattform in der

PDS/DIE LINKE. im Land Brandenburg

Vorbemerkungen

Mit der vorliegenden Veröffentlichung möchten die Herausgeber die Reihe der Studien zur Geschichte der PDS und der Linkspartei in Brandenburg fortsetzen. Untersucht wird im wesentlichen der Zeitraum von der SED/PDS 1989/90 bis zur Gründung der LINKEN auf Landesebene im September 2007.

Die Herausgeber wollten die in den AG, IG und anderen Landesgremien Wirkenden selbst zu Worte kommen lassen. Damit sollte zur Erfassung der vorliegenden Erfahrungen auf den einzelnen Gebieten und zur kritischen Auseinandersetzung in den Gremien beigetragen werden. Daraus ergab sich, dass nicht alle in den Beiträgen geäußerten Auffassungen mit denen der Herausgeber übereinstimmen, was jedoch der Auseinandersetzung mit der Geschichte der PDS nur dienlich sein kann.

Für die weitere Arbeit an der noch ausstehenden „Geschichte der PDS im Land Brandenburg“ wäre zweierlei sehr nützlich: zum einen die kritische Betrachtung der vorliegenden Beiträge durch die Leser und entsprechende Hinweise an die Herausgeber. Zum anderen wäre es für zukünftige Arbeiten sehr wichtig, dass Zeitzeugen ihre Erinnerungen und eventuell vorhandene Dokumente an das Archiv beim Landesvorstand übermitteln.

Abkürzungsverzeichnis

AAÜG-ÄndG	Anwartschaftsüberführungsgesetz
AG	Arbeitsgemeinschaft
BKR	Bundeskoordinierungsrat (der KPF)
BO	Basisorganisation
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EL	Europäische Linke
IG	Interessengemeinschaft
KPF	Kommunistische Plattform
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LAG	Landesarbeitsgemeinschaft
SAG	Seniorenarbeitsgemeinschaft
SFEL-R	Ständiges Forum der europäischen Linken – der Region
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WASG	Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit
ZKD	Zentrale Koordinierungsgruppe (der KPF)

Horst Maiwald unter Mitarbeit von Gerlinde Grahn und Irma Hilka

Zur Geschichte der Seniorenarbeitsgemeinschaft beim Landesvorstand Brandenburg der Partei DIE LINKE

Im Zuge des Übergangs von der SED zur PDS und der Herausbildung eines PDS-Landesverbandes entstand die Landes-Seniorenarbeitsgemeinschaft aus der AG Veteranen beim Landesvorstand.

Die AG Veteranen beim Landesvorstand der PDS Brandenburg hatte sich am 4. Dezember 1990 in Potsdam konstituiert.

Leiter der LAG wurde Paul Holland, seine Stellvertreter für den Bereich Cottbus Manfred Brenner, für den Bereich Frankfurt (Oder) Heinz Adolph und für den Bereich Potsdam Bruno Goletz. Als Sprecher der LAG wurde Horst Mäckel und als Ältestenvertreter Herbert Puchert gewählt.

Nach seiner Konstituierung ging der Vorstand der LAG zuerst daran, die Erfahrungen, Formen und Methoden der bis dahin geleisteten Arbeit in den Kreisen auszuwerten. Im Ergebnis dessen gab er den Kreisvorständen des Landesverbandes die Empfehlung, Senioren-Arbeitsgemeinschaften mit dem Ziel zu bilden, die spezifischen Interessen der Veteranen im jeweiligen Vorstand bzw. in der Basisorganisation zu vertreten und zugleich das politische Wirken der Partei zu unterstützen.

1. Die Landeskonferenzen

Die LAG Senioren führte ihre 1. Landeskonferenz am 8. Mai 1991 in Bernau durch. Eingeladen waren Vertreter der Arbeitsgemeinschaften der Kreise. Von 40 Kreisorganisationen sandten 30 ihre Vertreter.

Das Anliegen der Konferenz bestand darin, über Inhalt, Formen und Charakter der Veteranenarbeit zu beraten, erste Erfahrungen darzulegen und sich kennen zu lernen. Konsens bestand in der Einschätzung: Für die Partei, für die Positionsbestimmung, die Erneuerung und die Lebensfähigkeit der PDS sind der Erfahrungsschatz und die Zuverlässigkeit der Seniorinnen und Senioren unverzichtbar. In der Diskussion berichteten die verschiedenen SAG unter anderem über solche Initiativen wie die Aktivierung der Arbeit

in der Volkssolidarität, die Mitarbeit im Mieterschutzbund, die Unterstützung der Bildung eines Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sowie die Unterstützung und Förderung der Veteranenarbeit in den Basisorganisationen.

Besondere Bedeutung hatte die inhaltliche Auseinandersetzung über grundlegende politische Themen wie zum so genannten Rentenanpassungsgesetz. In der Diskussion wurde deutlich, dass das westdeutsche Rentenrecht, das auf die ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner ausgedehnt wurde, für einen Teil von ihnen durchaus nicht zu unterschätzende Verbesserungen, für andere aber erhebliche Ungerechtigkeiten mit sich brachte. Mit dem Gesetz wurde für längere Zeit festgeschrieben, dass die ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner finanziell wesentlich schlechter gestellt sein würden als ihre westdeutschen Altersgefährten. Scharf kritisiert wurde in der Diskussion auch die ungleiche Behandlung von Frauen und Männern und von Bestands- und Neurentnern sowie die verweigerte Rentenanpassung für Hunderttausende Rentnerinnen und Rentner. Es wurde die Forderung nach einem neuen und gerechten Rentenrecht erhoben, das auf die Herstellung der inneren Einheit des deutschen Volkes zu richten sei.

In den folgenden Jahren erwiesen sich gerade die landesweiten Konferenzen als eine wesentliche und wirksame Form der Tätigkeit der AG.

Die 2. Landeskonzferenz der SAG fand am 4. Februar 1992 in Potsdam in Anwesenheit von Vertretern aus 25 Kreisen, von Bundestags- und Landtagsabgeordneten statt.

Die Konferenzteilnehmer hoben noch einmal die Aufgabenstellung der SAG in der Partei hervor:

- die soziale und kulturelle Betreuung der Senioren und die Hilfe bei deren Interessenvertretung im Rahmen der gesamten Partei,
- die Einbeziehung der Senioren in das praktisch-politische Leben der PDS,
- die Teilnahme der Senioren an der Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und der eigenen Biographie.

Auf der Konferenz wurde allerdings auch kritisch angemerkt, dass die Kontakte und die Arbeit der Senioren mit den jungen Genossen und die Zusammenarbeit mit den Basisorganisationen noch nicht befriedigen können.

In einer Sonderausgabe des Informationsdienstes des PDS- Landesvorstandes Brandenburg mit dem Titel „SeniorInnenarbeit in der PDS – Lust oder Last“ konnte andererseits berichtet werden, dass es im Ergebnis der 1. Landeskonferenz im Mai 1991 gelungen war, in der Mehrzahl der Kreise des Landes SAG zu bilden, ihre Bildung anzuregen bzw. die Tätigkeit der bestehenden zu aktivieren. Die schon existenten SAG führten politische Gespräche, Bildungs- und Kulturveranstaltungen, Beratungen zu sozialen Grundfragen u.a.m. durch.

Als beispielhaft wurde die SAG in Potsdam genannt, die im „Atlas-Club“ im Jahre 1992 24 Veranstaltungen unterschiedlichster Art mit ca. 900 Teilnehmern organisiert hatte. In Fürstenwalde waren es 12 Veranstaltungen mit 769 Teilnehmern.

Zu Beginn des Jahres 1993 gab es eine Reihe von personellen Veränderungen in der LAG Senioren. Paul Holland konnte aus gesundheitlichen Gründen seine Funktion als Vorsitzender nicht mehr ausüben. Zum neuen Vorsitzenden wählte die LAG am 12. Januar 1993 Willi Hafemann.

In der LAG wurden Arbeitsgruppen zu spezifischen Themenfeldern gebildet: eine Arbeitsgruppe Soziales und Betreuung, eine für die Veteranenklubs sowie eine für Organisation und Information.

In der Arbeitsgruppe Soziales und Betreuung arbeiteten Gertrud Asch und Hedi Tauer (beide Potsdam) und in der für Organisation und Information Heinrich Großfeld, Rudi Wünsche, Horst Schewe und Heinz Frenzel (alle Potsdam) mit.

Die 3. Landeskonferenz der SeniorInnen am 15. Mai 1993 in Oranienburg widerspiegelte in Vielfalt und Niveau der Diskussion das starke Engagement und die reichen Erfahrungen der Senioren der PDS im Land Brandenburg – einer Kraft, auf die kein Kreisverband verzichten konnte. Sie wurde entsprechend einer vom Landesvorstand bestätigten Konzeption gemeinsam vom Landesvorstand und der LAG Senioren durchgeführt. Als wichtigster Fortschritt wurde konstatiert, dass im Landesmaßstab und in vielen Kreisen Seniorenpolitik durch gemeinsames Handeln von Vorständen und Arbeitsgemeinschaften gestaltet und verwirklicht wurde. Seit der 2. Landeskonferenz wurden beachtliche inhalt-

liche und teilweise auch organisatorische Fortschritte in der Arbeit erreicht. Veranstaltungen von Arbeitsgemeinschaften wurden zunehmend zu Bildungsveranstaltungen qualifiziert, z.B. in Potsdam, Jüterbog und Oranienburg. Sie wurden auch zur Aufarbeitung der Geschichte genutzt, insbesondere zu solchen Fragen wie: Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und Ursachen des Scheiterns des realen Sozialismus in der DDR und in anderen Ländern des sozialistischen Lagers. Dazu wurde verstärkt die regionale Geschichte mit einbezogen.

Bewährt hatte sich die Zusammenarbeit über Kreisgrenzen hinaus, insbesondere in Form von Erfahrungsaustauschen. Positiv hervorgehoben wurden erste Ansätze in der Zusammenarbeit mit anderen Seniorenverbänden, vor allem der Volkssolidarität. Viele Arbeitsgemeinschaften leisteten eine umfangreiche und dankbar angenommene Arbeit auf dem Gebiet der Beratung in Rentenfragen.

Intensiv diskutiert wurden Inhalte und Methoden der Unterstützung der Partei im Kommunalwahlkampf durch die SAG sowie der Fraktionen in den Kommunalvertretungen. In Vorbereitung der Kommunalwahlen sollten die Vorstände und SAG verstärkt die Möglichkeiten politischer Arbeit in den Dörfern nutzen.

Die 4. Landeskonferenz der SeniorInnen am 15. Oktober 1997 in Potsdam hatte das Thema: „Politik mit und für SeniorInnen in Brandenburg“. An ihr nahmen Vertreter von SAG der PDS aus den Kreisen, von Seniorenbeiräten der Städte und Kreise sowie von Organisationen und Verbänden, die sich mit seniorenpolitischen Fragen beschäftigten, teil.

Anliegen der Konferenz war es, über praktische Fragen der Seniorenarbeit in Brandenburg Erfahrungen auszutauschen, neue Initiativen und Aktivitäten auszulösen und Forderungen an die Bundes- und Landespolitik zu richten, die sich als nötig erwiesen, um ein selbstbestimmtes Leben von Seniorinnen und Senioren zu ermöglichen. Zu letzterem sprach Heidemarie Lüth, Mitglied des Bundestages (PDS).

Am 24. Juni 1999 fand in Potsdam die 5. Seniorenpolitische Konferenz statt. Die LAG SeniorInnen erstattete Bericht über ihre Arbeit. Sie konnte u.a. feststellen, dass die Tä-

tigkeit der Mitglieder der LAG dazu beigetragen hatte, die Senioren der Partei für die jeweiligen Schwerpunktaufgaben, z.B. Bundestags- und Kommunalwahlen, Europawahlen, zu mobilisieren und viele Menschen – und nicht nur ältere – für die Politik und für die Kandidaten der PDS zu den Wahlen zu gewinnen.

Das Hauptreferat der Konferenz hielt Hannelore Birkholz (MdL) zum Thema „Aktuelle Aufgaben der Seniorenpolitik“.

2. Der Erfahrungsaustausch zwischen den SAG im Land

Der Erfahrungsaustausch prägte nicht nur die Landeskonferenzen sondern auch viele andere Veranstaltungen. Die LAG Senioren legte seit ihrer Bildung stets großen Wert auf die Durchführung des Erfahrungsaustausches mit den SAG im Lande. War sie anfangs bemüht, jährlich eine zentrale Veranstaltung zu organisieren, so ging sie in jüngster Zeit zu dezentralisierten Jahrestreffen für strukturell unterschiedliche Kreise und die kreisfreien Städte über.

So fanden im Jahre 2006 drei solcher Veranstaltungen statt:

- am 23. Juni in Fürstenwalde (Teilnehmer: SAG aus Fürstenwalde, Beeskow, Eberswalde, Märkisch-Oderland, Seelow)
- am 28. Juni in Großräschen (Teilnehmer: SAG aus den Kreisen Elbe-Elster, Dahme-Spreewald, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz)
- am 4. Oktober in Cottbus für die kreisfreien Städte (Teilnehmer: SAG aus Cottbus, Frankfurt (Oder), Potsdam, Brandenburg/Havel)

Der Erfahrungsaustausch im Rahmen dieser Veranstaltungen war insgesamt erfolgreich, zeugte von den großen Anstrengungen und dem Bemühen, die gewonnenen Erfahrungen für die weitere Arbeit effektiv zu nutzen. Im Mittelpunkt aller drei Regionalveranstaltungen stand das weitere politische Ringen um ein würdevolles und selbst bestimmtes Leben auch im Alter.

Die wesentliche inhaltliche Grundlage der Diskussionen bildeten die von der 9. Hauptversammlung der Bundessenoren-AG am 25. Mai 2006 in Berlin herausgegebenen und vom

Bundesvorstand beschlossenen „Seniorenpolitischen Standpunkte“. Die von der Landesregierung erarbeiteten „Leitlinien der Seniorenpolitik im Land Brandenburg“ waren ebenfalls Gegenstand der Debatten.

Die Berichte der verschiedenen SAG machten deutlich, dass in vielen Orten günstigere Bedingungen entwickelt werden konnten, um den Bürgerinnen und Bürgern die Politik der Linkspartei nahe zu bringen, lösbare Wege zur Bewältigung komplizierter Probleme zu finden und die Hilfe für den Einzelnen zu verstärken. So wurde z.B. bei der Veranstaltung in Fürstenwalde die enge Verbindung der SAG zu den verschiedenen Vereinen und Verbänden der Region und insbesondere die Tatsache, dass alle SAG der Region in den städtischen Seniorenbeiräten vertreten waren, hervorgehoben. Es wurde eingeschätzt, dass dort, wo SAG ihre Mitwirkung an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens ihres Ortes, ihrer Region entfalten, diese zunehmend öffentliche Anerkennung und Zuspruch erfahren. Dazu zählten solche Aktivitäten, wie z.B. in Eberswalde. Dort fanden und finden auf Anregung der SAG regelmäßig Bürgeraussprachen beim Bürgermeister und dem Baudezernenten über altersgerechtes Bauen und den Stadtumbau statt.

Bei allen Erfahrungsaustauschen wurde sichtbar, dass die SAG große Anstrengungen zur Pflege und Wahrung des antifaschistischen Erbes unternahmen. Für die Seniorinnen und Senioren ist dies ein verpflichtender Teil ihrer politischen Tagesarbeit.

Wie Otto Mehlhase von der SAG aus Brandenburg/Havel berichtete, wurden seit 2001 jährlich Busfahrten mit Mitgliedern und Sympathisanten zu Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandes in Brandenburg, Berlin und in Sachsen-Anhalt organisiert. In anderen SAG wird diese Form der politischen Arbeit ebenso genutzt.

Als Fazit ließ sich für 2006 feststellen, dass jene Kreisverbände, die über eine arbeitsfähige SAG oder in gleichem Sinne arbeitende Genossen verfügten, eine große Effektivität ihrer politischen Arbeit erreichten.

Für die weitere seniorenpolitische Arbeit im Land ergab der Erfahrungsaustausch der kreisfreien Städte in Cottbus eine Reihe von wichtigen Anregungen. Horst Klett, Sprecher der SAG Potsdam, regte die Ausarbeitung eines seniorenpolitischen Dokuments durch den Landesvorstand an, das sowohl seniorenpolitische Eckpunkte für Brandenburg set-

zen als auch Verantwortungslinien für die seniorenpolitische Arbeit in den Vorständen beinhalten sollte.

Außerdem müsse sich die LAG im Jahr 2007 in Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion und Experten-Sympathisanten stärker als bisher inhaltlichen Problemen zuwenden und dadurch das Politikangebot der neuen Linkspartei bereichern.

Insgesamt wurde die Notwendigkeit der weiteren engen Zusammenarbeit der SAG mit den Kreisverbänden, dem Landesvorstand, den Kommunalpolitikern der verschiedenen Ebenen sowie den Landtags- und Bundestagsabgeordneten betont.

Wobei anzumerken ist, dass sich im Verlauf der Jahre eine enge Zusammenarbeit mit den Abgeordneten der Partei in den Städten, Kreisen, im Land und im Bund entwickelte. Regelmäßig fanden Beratungen von Vertretern der Landtagsfraktion und der LAG Senioren über wesentliche Fragen und Probleme der Landes- und Seniorenpolitik statt.

3. Zur Entwicklung des Inhalts der Arbeit der LAG

Während in den ersten Jahren nach der politischen Wende in der DDR individuelle Beratungen zu den Renten und zum Wohngeld im Mittelpunkt der Tätigkeit vieler SAG standen, änderte sich die Situation ab Mitte der 90er Jahre und führte zu einer wesentlichen Erweiterung ihrer Ziele und Aufgaben.

Sehr hilfreich war in diesem Zusammenhang eine im Jahre 1995 mit Zustimmung des Landesvorstandes durchgeführte Umfrage unter Seniorinnen und Senioren. Die Ergebnisse dieser Umfrage wurden u.a. für die Erarbeitung der seniorenpolitischen Standpunkte der PDS genutzt.

Diese Umfrage wurde im Jahre 1995 in Vorbereitung der Seniorenkonferenz von 80 Senioren-Arbeitsgemeinschaften von Landes- und Kreisverbänden der PDS durchgeführt. Über 1 600 Rentnerinnen und Rentner aus den fünf neuen Bundesländern sowie dem Ostteil Berlins – Mitglieder der PDS und Parteilose – antworteten zumeist schriftlich und zeichneten ein Bild ihrer Lebensverhältnisse nach der Vereinigung.

Von 2 000 im Land Brandenburg ausgegebenen Fragebogen wurden bis zum 30. Oktober 1995 ca. 25% - 501 Fragebogen - an die LAG Senioren zurückgegeben.

Die Antworten waren sehr aufschlussreich und vermittelten viele Anregungen für die weitere politische Arbeit der PDS. Zum einen wurden durchaus positive Veränderungen im Zuge des gesellschaftlichen Wandels anerkannt, wie z.B. die große Warenvielfalt und die Reisefreiheit. Zum anderen wurden positiven Veränderungen in ihrer Wirkung auf die Lebensverhältnisse überdeckt von einer Fülle von Erscheinungen, die das Wohlbefinden der Senioren erheblich beeinträchtigten. Dazu gehörten insbesondere: die a priori Verurteilung der DDR als Unrechtsstaat und Unrechtsregime, die soziale Unsicherheit und Ungerechtigkeit, Ängste vor Altersarmut, Kriminalität, Drogensucht, Vereinsamung, die Rentenproblematik und vieles mehr.

Viele konkrete Anregungen ergaben sich für die künftige seniorenpolitische Arbeit der PDS.

In den folgenden Jahren gehörten zu den wichtigsten Aktivitäten der LAG und der SAG:

- die Teilnahme an den Mitgliederversammlungen der Basisorganisationen, die Ausübung ehrenamtlicher Funktionen in den BO und SAG sowie die Hilfe und Unterstützung der Kreis- und Gebietsgeschäftsstellen bei der Durchführung der ehrenamtlichen Arbeit. Hinzu kam die finanzielle Unterstützung der Partei und des ND,
- die Betreuung älterer und hilfebedürftiger Genossen als Akt der menschlichen Wärme und Solidarität,
- Öffentlichkeitsarbeit und die Unterstützung außerparlamentarischer Aktionen. Das waren vor allem die Mitwirkung in Seniorenklubs, Gespräche mit Bürger über die PDS und ihre Ziele, die Beteiligung an Info-Ständen, an der Verteilung von Flugblättern, an Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und Mahnwachen und Leserzuschriften an Presseorgane.
- Eine besondere Rolle spielten die Mitwirkung an Bürgerinitiativen und Bürgerberatungen, die Mitgliedschaft und Ausübung von Funktionen in Vereinen und Organisationen, wie im Mieterbund, der Volkssolidarität, dem DRK, VdK, BRH u.a.

Obwohl die LAG Senioren von Beginn an bestrebt war, den sehr differenziert verlaufenden Prozess der Bildung von SAG bei den Kreis- und Gebietsvorständen der PDS/Linkspartei.PDS voranzubringen bzw. ihre Aktivierung aktiv zu unterstützen, war nicht zu über-

sehen, dass es in einer Reihe ländlicher Regionen nicht gelangen, stabile Seniorenarbeitsgemeinschaften zu bilden.

Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit der LAG war von Anfang an die aktive Mitwirkung an den programmatischen Debatten auf Bundes- und Landesebene. Das war in den Jahren 2000 und 2001 so, wobei Diskussionen um die Entwicklung des Ehrenamtes und die Ergebnisse der 4. Seniorenpolitischen Konferenz der PDS in Elgersburg hinzukamen. Durch ihre Stellung als landesweite Arbeitsgemeinschaft hatte die LAG Senioren das Recht, Delegierte zu den Landesparteitagen zu entsenden und nahm damit unmittelbaren Einfluss auf die Gestaltung der Landespolitik der PDS. Ihre Vertreter wurden von den Parteitagsdelegierten in den Landesvorstand der PDS bzw. Linkspartei.PDS gewählt und wurden auch dort aktiv. Gisela Bergmann war von 1993 bis 1997 Mitglied des Landesvorstandes und Elke Böckmann, die jetzige Vorsitzende der LAG Senioren, ist seit 2001 Mitglied dieses Führungsgremiums.

Die oben genannte Erweiterung der Ziele und Aufgaben der Tätigkeit der LAG widerspiegelte sich in den Arbeitsplänen und ihrer Umsetzung.

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit der LAG Senioren und der SAG waren u.a. die Diskussion wichtiger Gesetzentwürfen der Bundesregierung wie dem 2. Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG-ÄndG) und der Novellierung des Heimgesetzes sowie einem Qualitätssicherungsgesetz in der Altenpflege.

In den Jahren 2002 und 2005 nahm die Vorbereitung der Bundestagswahlen einen besonderen Platz in der Arbeit der LAG ein.

Im Jahre 2003 war die Arbeit konzentriert auf die Teilnahme an außerparlamentarischen Aktionen für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Vorbereitung der Kommunalwahlen und die Führung der Diskussion zur Generationengerechtigkeit, Rentenreform und Gesundheitsstrukturreform.

Im Vordergrund der politischen Aktivitäten im Jahr 2004 standen insbesondere die aktive Teilnahme an der Vorbereitung der Wahlen zum Europa-Parlament und zum Brandenburger Landtag und die Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen für die eigene Arbeit.

Zu den inhaltlichen Themen, die im Jahr 2005 besonders diskutiert wurden, gehörten das Rentenkonzept und die Veränderungsvorschläge der Statutenkommission der PDS,

die Umsetzung der Parteireform im Landesverband Brandenburg und die Überarbeitung der seniorenpolitischen Standpunkte.

Veränderungen in der inhaltlichen Ausrichtung der Arbeit und der personellen Zusammensetzung der LAG waren eng mit der Herausarbeitung neuer inhaltlicher Ziele und Aufgaben entsprechend der Programmatik der PDS bzw. Linkspartei.PDS verbunden. Die „Seniorenpolitischen Standpunkte“ des Bundesvorstandes waren schon seit 1995 Grundlage der Tätigkeit der LAG. Die Anfang 2006 überarbeiteten „Seniorenpolitischen Standpunkte“ orientierten darauf, Politik mit und für Seniorinnen und Senioren als eigenständiges und spezifisches Politikfeld in der Partei zu gestalten. Das bedeutet, dass die SAG am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess teil nehmen und vor allem wirken für:

- politische, soziale, ethische, geistig-kulturelle und rechtliche Bedingungen, die selbstbestimmtes Leben in jedem Alter und aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Geschehen ermöglichen,
- die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch mit Senioren- und Sozialverbänden, Gewerkschaften und Solidargemeinschaften und für die politische Einflussnahme in kommunalen Seniorenvertretungen.

Konkret sah das u.a. so aus, dass z.B. drei Mitglieder der LAG am 8. Deutschen Seniorentag 2006 in Köln teil nahmen und dort einen Stand der Linkspartei.PDS betreuten.

Seit der Gründung des Seniorenrates des Landes Brandenburg e.V. im Jahre 1998 ist die Landesarbeitsgemeinschaft Mitglied in diesem Gremium und zu den ständigen Vorhaben der Arbeitsgemeinschaft gehörte die aktive Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung der jährlich stattfindenden Brandenburgischen Seniorenwochen.

4. Weitere Aktivitäten:

Mit der Gründung der WASG als Partei, ihrem Auftreten auf der politischen Bühne und der sich entwickelnden Zusammenarbeit mit der Linkspartei.PDS zeichnete sich ab 2005 die Chance zur Schaffung einer einheitlichen Kraft links von der SPD in Deutschland ab. Das fand auch seine Widerspiegelung in den Arbeitsvorhaben der LAG Senioren. Im Arbeitsplan für 2006 war die aktive Mitarbeit im Prozess der Parteibildung einer neuen Lin-

ken und der Urabstimmung ein Schwerpunkt. Das schloss die Diskussion der Dokumente zur Gründung der neuen Linkspartei ein.

Die LAG Senioren und die SAG stellen sich den Herausforderungen, die sich im Ringen um soziale Gerechtigkeit und aus der demografischen Entwicklung, d.h. dem immer größer werdenden Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft, in Gegenwart und Zukunft, ergeben.

Künftige Vorhaben werden insbesondere die Entwicklung der internationalen Arbeit und die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den verschiedensten Vereinen und Verbänden entsprechend dem „Seniorenpolitischen Standpunkt“ sein.

Anlage 1

Personelle Entwicklung der LAG Senioren

Konstituierung der Landes AG am 4. Dezember 1990

A. Vorsitzende der LAG Senioren

Paul Holland (Kleinmachnow)	Dezember 1990 – Januar 1993
Willi Hafemann (Potsdam)	Januar 1993 – Juni 1999
Irma Hilka (Blankenfelde)	Juni 1999 – Januar 2007
Elke Böckmann (Jeserig)	seit Januar 2007

B. Stellvertreter

Heinz Adolph (Bereich Frankfurt (Oder))	Dezember 1990-
Manfred Brenner (Bereich Cottbus)	Dezember 1990 - 1991
Bruno Goletz (Bereich Potsdam)	Dezember 1990 - 1991
Lucie Haupt (Potsdam)	Januar 1993 – Anfang 1996
Irma Hilka (Blankenfelde)	Anfang 1996 – Juni 1999
Gisela Bergmann (Cottbus)	Juni 1999 –
Hans-Gerd Baudach (Großräschen)	Juni 1999 -

C. Weitere Mitglieder

Gertrud Asch (Potsdam)	1990 –
Hans-Gerd Baudach (Freienhufen)	1997 -
Gisela Bergmann (Cottbus)	1993-
Hannelore Birkholz (Finsterwalde)	seit Januar 2004
Rudi Büttner (Potsdam)	1991-
Christa Dlugos (Bernau)	Januar 1993 – 1994
Paul Erdmann	1996 –
Walter Felgentreff	1998 – Juni 2002
Heinz Frenzel (Potsdam)	1992 - 1998
Werner Gabrysiak (Brandenburg)	1992 –

Günter Gehre (Finsterwalde)	1996 –
Heinrich Großfeld (Potsdam)	1990 – 1999
Willi Hafemann (Potsdam)	Juni 1999 – März 2001
Irma Hilka (Blankenfelde)	seit 1990
Paul Holland (Kleinmachnow)	Januar 1993 – Juli 2002
Horst Mäckel	seit 1990
Joachim Masula (Cottbus)	seit 2008
Otto Mehlhase (Brandenburg/Havel)	seit 1993
Karl –Heinz Nicka (Cottbus)	Januar 1993 – 1995
Horst Schewe (Potsdam)	1991 – 1994
Hedi Tauer (Potsdam)	1990 – 1998
Günther Urbitsch (Fost)	2001 – September 2003
Friedhelm Völz (Fürstenwalde)	1990 – 1999
Horst Westphal (Potsdam)	1992 – November 2007
Rudi Wünsche (Potsdam)	1990 - 1997

D. Sprecher

Horst Mäckel	Dezember 1990 - 1996
Horst Westphal	Januar 1993 - 1996

E. Ältestenvertreter

Herbert Puchert	Dezember 1990 - 1991
-----------------	----------------------

F. Mitglieder im Seniorenrat des Landes Brandenburg

Irma Hilka	Dezember 1990 – Oktober 2004
Hannelore Birkholz	seit Oktober 2004

Anlage 2

Aus dem Bericht über die 2. Landeskonferenz der Senioren-Arbeits-Gemeinschaften (SAG) der PDS im Land Brandenburg

Veröffentlicht im Informationsdienst des Landesvorstandes Brandenburg, Sonderausgabe der Seniorenarbeitsgemeinschaft, 25. Februar 1992

Die Einbeziehung der Senioren in das praktisch-politische Leben der PDS

Aus gegebenen Anlass wurde noch einmal die Aufgabenstellung der SAG in der Partei bestimmt. Es geht sowohl um die soziale und kulturelle Betreuung der Senioren durch die SAG als auch um die Hilfe bei deren Interessenvertretung im Rahmen der gesamten Partei. Ebenso bedeutsam ist die volle Einbeziehung der Senioren in das praktisch-politische Wirken der Partei. Den SAG wurde ein quantitativ und qualitativ beachtliches Potential an kampferprobten, parteierfahrenen und wissenschaftlich fundierten Parteimitgliedern anvertraut, das stärker und gezielter als bisher bei der Lösung der gegenwärtigen Probleme in der Partei genutzt werden muss.

Auseinandersetzung mit Geschichte und Biografie

Hiervon ausgehend wurde in der Diskussion besonders die Notwendigkeit der Teilnahme von Senioren an der Auseinandersetzung um den ehrlichen Umgang mit unserer Geschichte und der eigenen Biographie unterstrichen. Die Senioren „als das lebendige Gedächtnis der Partei“ (Bisky) sind in besonderem Maße gefordert, gegen diesbezügliche westdeutsche Lehrmeinungen aufzutreten und unsere Geschichtsauffassung zum Ausdruck zu bringen, die durch eigene Erfahrungen und persönliches Engagement in den Kämpfen der Zeit bestätigt wird. Besonders wichtig ist – so wurde in der Diskussion hervorgehoben – die Zeit nach 1945 als Geschichte Deutschlands und nicht einseitig als Geschichte der DDR zu behandeln.

Für die Geschichtsaufarbeitung ist die Sicherung von Materialien (z.B. aus Archiven der Partei, Organisationen, staatlichen Organen) sehr bedeutsam. Nachahmenswert ist deshalb die Initiative des „Altersrates“ (SAG im Kreis Nauen), der sich für das Jahr 1992 die Aufgabe gestellt hat, Materialien für das gesellschaftliche Leben in seiner Entwicklung im Kreis Nauen zu sammeln und auszuwerten.

Unsere Senioren sind aufgerufen, sich in die Protestbewegung gegen die undifferenzierte Denkmalstürmerei, gegen die Besudelung der Grabmale der im 2. Weltkrieg gefallenen Sowjetsoldaten und der Denkmale für die Opfer des Faschismus einzureihen oder selbst solche Proteste zu initiieren. Dazu gehört, sich engagiert für die Bewahrung von Denkmalen als Zeitzeugen unserer Geschichte einzusetzen.

Wichtig war auch der Hinweis, unsere SAG sollten dafür sorgen, dass sich die Senioren aktiv an den Diskussionen über die Verfassung (Land und Bund) und über unser Parteiprogramm auf der Grundlage der vorliegenden Entwürfe beteiligen.

Ferner wurde angeregt, für diese allgemeine Einbeziehung von Senioren in die politische und theoretische Arbeit die bestehenden Bildungsangebote der PDS und solcher Vereine wie den „Verein für politische Bildung Rosa Luxemburg“ zu nutzen ...

Anlage 3

Konzeption der AG Senioren beim Landesvorstand für die Seniorenpolitische Konferenz des Landesvorstandes am 15. Oktober 1997

Die Konferenz soll sich sowohl kritisch mit der staatlichen SeniorInnenpolitik in Deutschland und in Brandenburg auseinandersetzen, als auch Erfahrungen und Vorschläge der PDS zur seniorenpolitischen Arbeit in Brandenburg, insbesondere im kommunalen Bereich vermitteln.

Sie entspricht damit der Orientierung der 1. Tagung des 5. Landesparteitages auf eine verstärkte seniorenpolitische Arbeit im gesamten Landesverband und gibt zugleich Argumentationen für das Gespräch mit der großen Gruppe der SeniorInnen in den Wahlkämpfen der kommenden Jahre.

1. Altwerden in Deutschland – reale Chancen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter?
 - Materielle, vor allem finanzielle Unabhängigkeit als entscheidende Voraussetzung für Selbstbestimmung im Alter. Die Rente – kein Geschenk des Staates, sondern in Jahrzehnten erarbeitete Alterssicherung. Die Zweckbestimmtheit und Verlogenheit der Argumente vom Generationenkonflikt.
- Unterschiedliche Renten zwischen Ost und West, aber die wirkliche Kluft besteht zwischen arm und reich.

Wachsende Altersarmut, insbesondere unter den Rentnerinnen.

Die Standpunkte der PDS im Kampf gegen Rentenstrafrecht und Rentenungerechtigkeit.

- Wohnen im vertrauten sozialen Umfeld entscheidende Bedingungen für das selbstbestimmte Leben alter Menschen.

Die zunehmend schwierige Lage alter Menschen auf dem flachen Lande, mit dem Abbau bzw. dem Verschwinden von Handels- und Dienstleistungseinrichtungen und Verkehrsverbindungen.

Sterbende Dörfer – eine Tragödie für die alten Menschen auf dem Lande.

Altersgerechtes Wohnen – wird zunehmend beschränkt auf SeniorInnen mit hohem Einkommen/Vermögen, Initiativen von Kommunen für altersgerechtes Wohnen sterben mit ihren versiegenden Finanzen.

- Das gesellschaftliche Interesse und die kulturelle Aktivität der SeniorInnen, das gemeinsame Singen, Wandern, Reisen – ein wichtiges Stück selbstbestimmten Lebens.

Erfahrungen und Vorschläge aus der Arbeit von Seniorenklubs der PDS.

2. Das Zusammengehen und die Solidarität der SeniorInnen als Voraussetzung dafür, dass die Interessen und Rechte der alten Menschen wirksam vertreten werden, dass SeniorInnenpolitik nicht nur für, sondern vor allem mit und durch SeniorInnen gestaltet wird.

Die Standpunkte und Vorschläge der PDS im Bund und im Land zu wichtigen seniorenpolitischen Forderungen.

Die Rolle seniorenpolitischer Forderungen der PDS in den bevorstehenden Wahlkämpfen.

3. Das Verhältnis der PDS zu den auf dem Gebiet der SeniorInnenarbeit tätigen Einrichtungen, Vereinen und Verbänden.

Die PDS fördert alle Initiativen und Aktivitäten, die gemeinsam mit den SeniorInnen konkret unter den kommunalen Bedingungen zur Verbesserung der Lebenslage und eines vielfältigen selbstbestimmten Lebens der alten Menschen wirksam werden.

Die PDS unterstützt die auf diesem Gebiet tätigen Verbände und Einrichtungen und strebt eine kontinuierliche Zusammenarbeit an; die PDS nutzt ihre Mitarbeit in kommunalen Beiräten, Kommissionen bzw. im Landes-Seniorenbeirat, um seniorenpolitische Initiativen und Forderungen zu unterstützen;

die Abgeordneten und die Fraktionen der PDS in den Parlamenten kämpfen gegen den sich schrittweise vollziehenden Sozialabbau, der auch zur Verschlechterung der Lebenslage und der Lebensbedingungen der SeniorInnen führt.

Anlage 4

Satzung der Landes-Seniorenarbeitsgemeinschaft im Landesverband Brandenburg der PDS vom 4. August 1999

1. Die Seniorenarbeitsgemeinschaft im Landesverband Brandenburg der PDS (auch SAG genannt) ist ein landesweiter Zusammenschluss von Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten der PDS. Grundlage bilden das Statut, beschlossen auf der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS vom 17. – 19.01.1997 und die Satzung des Landesverbandes Brandenburg der PDS vom 07.06. 1998.
2. Die SAG entwickelt und gestaltet auf Basis des Programms und des Statuts der PDS sowie anderer zentraler und landesweiter Beschlüsse der PDS eine eigenständige und spezifische Politik mit und für Seniorinnen und Senioren und Vorrentner.
Sie wirkt vor allem für:
 - politische, soziale, ethische, geistig-kulturelle und rechtliche Bedingungen, die ein selbstbestimmtes Leben im Alter und aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Geschehen ermöglichen und nimmt aktiv und unmittelbar besonders am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess der PDS teil,
 - die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch mit Senioren- und Sozialverbänden, dem Landesseniorenrat, Gewerkschaften und Solidargemeinschaften, um gemeinsam die Interessen und Forderungen der Senioren auch gegenüber Parlamenten und Verwaltungen wirksam zu vertreten.

3. Mitgliederversammlung und SAG

3.1. Die Mitgliederversammlung

- setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Kreisverbände, die auf seniorenpolitischem Gebiet aktiv sind, sowie weiteren Interessierten zusammen,
- nimmt den Bericht der SAG entgegen und berät die Aufgaben, die sich aus der aktuellen und strategischen Politik der PDS und bezogen auf den Landesverband ergeben,
- findet in der Regel alle zwei Jahre statt, wird von der SAG einberufen und
- wählt in offener Abstimmung drei Sprecher der SAG.

3.2. Die SAG

- beruft die Mitgliederversammlung mindestens sechs Wochen vor ihrem Stattfinden mit einem Tagesordnungsvorschlag schriftlich ein und gewährleistet die proportionale und quotierte Teilnahme der Kreisverbände, sowie die Bildung der notwendigen Kommissionen zur ordnungsgemäßen Durchführung der Mitgliederversammlung,
- beschließt jeweils einen Halbjahresplan, kommt mindestens achtmal im Jahr zusammen und besteht maximal aus 24 Mitgliedern.

4. Die SAG wählt aus ihrer Mitte

- Delegierte zu den Landesparteitagen der PDS,
- einen Kandidaten für die Wahl als Mitglied des Landesvorstandes der PDS,
- einen Kandidaten für den Parteirat des Landesverbandes der PDS,
- maximal drei Kandidaten für die Wahl in den Sprecherrat der bundesweiten SAG.

Ein Mitglied der SAG vertritt den PDS-Landesverband im Landesseniorenrat. Die gewählten Mitglieder sind gegenüber der SAG rechenschaftspflichtig.

5. Die SAG fördert die inhaltliche Orientierung und die Intensivierung der seniorenpolitischen Arbeit der PDS durch den regionalen Erfahrungsaustausch im Rahmen der SAG.

Mit der Fraktion der PDS im Landtag Brandenburg werden gemeinsame Standpunkte besonders zur Seniorenpolitik und entsprechende Arbeitsmaterialien beraten.

Die SAG strebt in Verwirklichung gemeinsamer Aufgaben die Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüssen im Landesverband an.

6. Die Finanzierung der Tätigkeit der SAG erfolgt gemäß Satzung des Landesverbandes Brandenburg der PDS.

Zusätzlich benötigte finanzielle Mittel können unter Berücksichtigung strenger Sparsamkeit schriftlich beim Landesvorstand zur Bestätigung eingereicht werden.

Anlage 5

Thesen der PDS-Landtagsfraktion als Diskussionsgrundlage für eine gemeinsame Beratung mit der LAG zum Thema „Generationengerechtigkeit“ am 22. Juni 2002 in Potsdam

I. (Begriff)

Generationengerechtigkeit bedeutet, dass Verhältnisse existieren, in denen jede Altersgruppe gleichermaßen ein Recht auf selbstbestimmtes Leben realisieren kann. Alle Generationen sind gleichberechtigt. Dies schließt das Recht ein, gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern. Es gibt keinen Anspruch einer (der älteren) Generation an die Jüngeren, bestehende Verhältnisse einfach zur reproduzieren.

II. (Aufgabe)

Ohne (sozial)staatlichen Ausgleich ist Generationengerechtigkeit nicht denkbar. Der Sozialstaat hat die Aufgabe, die Folgen sozialer Unterschiede auszugleichen und Chancengleichheit zu sichern. Dies verlangt die Gestaltung der Verteilungsverhältnisse in ihrer Gesamtheit. Generationengerechtigkeit ist keine Frage der Verteilung allein unter den

Lohnabhängigen. Ebenso wenig kann sich Gerechtigkeit nur auf Teile von Generationen stützen.

III. (Demokratischer Anspruch)

Repräsentative Demokratie führt nicht zu fairem Ausgleich zwischen Generationen. Ihre Entscheidungen widerspiegeln (soziale) Interessen – unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Generation. Deshalb ist mehr direktdemokratische Beteiligung notwendig.

Teilhabe, Mitbestimmung und Mitwirkung von Kindern, Jugendlichen und SeniorInnen müssen gewährleistet sein. Dies verlangt u.a. eine Senkung des Wahlalters und die verbindliche Fixierung von Mitwirkungsrechten der Seniorenbeiräte.

IV. (Arbeit und soziale Sicherung)

Gerechtigkeit verlangt die Bestimmung des Anteils, den jedes Gesellschaftsmitglied aufgrund seiner Leistungskraft an dem Solidarvertrag der Generationen, der Gesunden und Kranken, der (erwerbs-)arbeitenden und der nicht (erwerbs-)arbeitenden Menschen zu leisten imstande ist. Schritte zu mehr Gerechtigkeit sind: die Bemessung des Beitrages der Arbeitgeber für die sozialen Sicherungssysteme nach der Wertschöpfung; die Ausdehnung der Leistungspflicht auf alle, die mit ihrer Arbeit einen bezahlten Beitrag zur Gestaltung, Regulierung, Organisation und Ordnung der Gesellschaft leisten; die Durchsetzung einer existenzsichernden Entlohnung und des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit; die Umverteilung von Arbeit; die Einführung einer sozialen Grundsicherung.

V. (Bildung)

Bildung wird als das zentrale Thema moderner Gesellschaftspolitik und Zukunftsgestaltung und als **die** soziale Frage des 21. Jahrhunderts angesehen.

„Lebenslanges Lernen“ ist zum Slogan und vielleicht strapaziertesten Begriff der bildungspolitischen Diskussionen am Anfang des neuen Jahrhunderts geworden. Bildung wird zunehmend zum Bestandteil aller Lebensetappen werden, denn Bildung gehört zu den wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass jeder Mensch sich seiner Anlagen, erworbenen Fähigkeiten und seinen Bedürfnissen gemäß möglichst allseitig entfalten und

auf dieser Grundlage für eine demokratische, sozial gerechte, tolerante und nachhaltig wirtschaftende Gesellschaft wirksam werden kann.

Sowohl für ein selbstbestimmtes Leben als auch für die demokratische Teilhabe an den gesellschaftlichen Prozessen bilden Kompetenz und Erfolg im beruflichen Leben eine wesentliche Grundlage.

Es muss allerdings jedem selbst überlassen bleiben, einem solchen bildungsintensiven Lebensentwurf folgen zu wollen oder nicht.

Bei der Diskussion über „lebenslanges Lernen“ sollte aber in Rechnung gestellt werden, dass Lernen nicht nur ein individueller sondern auch ein sozialer Vorgang ist.

Der Stellenwert, den Bildung in der Gesellschaft hat, wird auch immer die Einstellung der Menschen zum Lernen beeinflussen.

- Positiv ist zu bewerten, dass dieses unentwegte Lernen heute gesellschaftlich akzeptiert ist – es gilt nicht mehr als Eingeständnis eines Defizits, sondern vielmehr als Notwendigkeit, um in der Gesellschaft von heute und morgen bestehen zu können.

- Negativ daran ist, dass heute mehr oder weniger gelernt werden **muss**. Lebenslanges Lernen ist inzwischen auch lebenslängliches Lernen. Die Prinzipien des Marktes und der globale Wettbewerb haben uns eingeholt, individuell wie gesellschaftlich.

Bildung darf nicht auf ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit reduziert werden, sie muss vielmehr unverzichtbarer Bestandteil reichhaltiger Lebensgestaltung sein bzw. werden. Dazu sind gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, deren oberster Grundsatz sein muss, dass Bildungsangebote vom Kindergarten- bis zum Rentenalter für jeden nutzbar und damit kostengünstig bzw. -frei sein müssen. Bildung darf nicht zur Ware verkommen.

Wenn „lebenslanges Lernen“ Realität werden soll, sind nicht nur umfangreiche Reformen im Bereich der schulischen Bildung, der Berufs- und Hochschulbildung sondern vor allem auch im Bereich der Weiterbildung nötig. Weiterbildung darf nicht auf berufliche Weiterbildung reduziert werden, sondern muss die verschiedensten Angebote enthalten, um Menschen zum lebenslangen Lernen zu motivieren.

VI. (Familie)

Es gibt keinen Grund, eine Lebensweise Erwachsener gegenüber einer anderen zu bevorzugen oder zu benachteiligen. Wenn Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, haben sie in gleicher Weise Anspruch auf die Unterstützung der Gesellschaft. Die rechtliche Gleichstellung unterschiedlicher familiärer Lebensweisen schließt ein, dass jede Person selbst bestimmt, mit wem sie besondere Rechte (z.B. das Erbrecht, das Mitbestimmungsrecht im Krankheitsfall, das Zeugnisverweigerungsrecht etc.) teilen will.

Die Bekämpfung und Vermeidung von Armut verlangt eine deutliche Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Arbeitszeit. Die Kosten für Kinder sind solidarisch zu verteilen.

VII. (Daseinsvorsorge)

Wir benötigen hohe Standards einer wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung und Pflege. Das Netz wohnortnaher Krankenhäuser ist im Land zu erhalten.

Die Prinzipien ambulant vor stationär und Rehabilitation vor Pflege sind konsequent umzusetzen.

Der demografischen Entwicklung muss sowohl in der Krankenhausplanung als auch in der Planung von Alten- und Pflegeheimen Rechnung getragen werden. Die Angebote von Formen des betreuten Wohnens sind besonders zu fördern.

Die Altenpflegeausbildung ist zu verbessern, die ambulanten Pflegedienste müssen in ausreichendem Maße angeboten werden und von Fachkräften sowohl stationär als auch ambulant ausgeführt werden. Auf kommunaler Ebene müssen die ambulanten, sozialen und gesundheitsfürsorglichen Dienste erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die Angebote müssen finanzierbar bleiben und durch den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor Personal gesichert werden.

Weiterhin gilt es, das Netz von Seniorenbegegnungsstätten zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen, wenn möglich generationsübergreifend.

Die Angebote der Seniorenarbeit können mit Angeboten der Bildung, der Kultur und des Sports vernetzt werden.

Landeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform unter Federführung von Konrad Hannemann

Zur Geschichte der Kommunistischen Plattform in der PDS/DIE LINKE im Land Brandenburg

1. Die Formierung der Kommunistischen Plattform als innerparteilicher Zusammenschluss in der SED/PDS

Unmittelbar nach dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989, auf dem die Partei beschlossen hatte, als SED/PDS den Weg der Erneuerung sozialistischer Politik zu beschreiten, konstituierte sich am 30. Dezember 1989 die "Kommunistische Plattform" (KPF) als Bestandteil derselben. Das entsprach dem neuen, pluralistischen Selbstverständnis der Partei, denn in dieser Situation waren wir alle Suchende. Es galt, die verschiedensten Ideen miteinander zu vergleichen, um den Neubeginn für einen erfolgreicheren Weg zu finden.

In dem von der "Zentralen Koordinierungsgruppe" (ZKD) der KPF herausgegebenen Diskussionsangebot hieß es dazu: "Konstruktives Zusammenwirken der verschiedenen Kräfte in der SED/PDS setzt deren erkennbares eigenständiges Profil voraus. Kommunisten können und müssen das Programm und die politische Praxis der SED/PDS bereichern, die Diskussion fördern und sich verantwortungsbewusst in gemeinsames Handeln einbringen. Dazu geben sie sich diese Plattform."

Die KPF sprach sich von Anfang an gegen eine Auflösung der Partei, für ihre Festigung auf neuer Grundlage und für internationales Zusammenwirken der Sozialisten und Kommunisten aus. Sie ließ sich von dem Grundgedanken leiten, einerseits die Lehren aus den Niederlagen des Sozialismus in Osteuropa zu ziehen und andererseits das marxistische Gedankengut, wie es sich im "Manifest der Kommunistischen Partei" widerspiegelt, in der Partei zu bewahren und dabei die Erkenntnisse Lenins und anderer Theoretiker des Marxismus mit zu verarbeiten.

Unser unvergessener Michael Benjamin formulierte das in seiner Schrift "Was wollen Kommunisten heute?" im Mai 1996 so: "Allerdings gehen wir in der Tat davon aus, dass das Wirken der PDS, will sie die Gesellschaft verändern, wissenschaftlicher Begründung bedarf. Die Grundlage hierfür sehen wir im Marxismus. Dabei ist zu betonen, einerseits

dass die PDS in ihrer Gesamtheit keine marxistische Partei ist, und dass andererseits die Kommunisten keinesfalls behaupten, den Marxismus für sich gepachtet zu haben. Aber wir geben uns Mühe, Marxisten zu sein. Den Marxismus sehen wir als Methode, welche - ohne Rezeptlösungen anzubieten - hilft, das gesellschaftliche Geschehen objektiv und ohne subjektivistische Vorurteile zu analysieren, dessen letztlich (und das "letztlich" sei betont) materielle Wurzeln aufzudecken und hieraus Handlungsrichtlinien abzuleiten." Die o.g. konstituierende Versammlung der KPF wandte sich entschieden gegen die historisch und politisch nicht gerechtfertigte Gleichsetzung von Kommunismus und Stalinismus. Sie rief die Genossen auf, der Zersplitterung der Kommunisten in verschiedene Parteien und Gruppierungen entgegenzuwirken, sich auf örtlicher Ebene zusammenzufinden, in den Basisorganisationen der SED/PDS aktiv mitzuwirken und ihren Standpunkt einzubringen.

Dieser Aufruf wurde auch in den damaligen Bezirken des heutigen Landes Brandenburg vernommen. Anfang 1990 bereits begannen Kommunisten in verschiedenen Städten, Gedankenaustausche zu organisieren; so z.B. in Potsdam unter Leitung von Anton Latzo und Kurt Libera, in Frankfurt(Oder) unter Jochen Schultz, in Strausberg unter Anton Kaute und in Neuruppin unter Bodo Salpius. Dabei zeigte sich, dass nicht alle Genossen, die sich als Kommunisten sahen, auch bereit waren, sich zur Mitwirkung in einer Plattform zu entschließen. Trotzdem beteiligten sich an den von uns organisierten Streitgesprächen nicht nur KPF-Angehörige. Auch die monatlich vom Bundessprecherrat herausgegebenen "Mitteilungen der KPF" hatten und haben einen größeren Leserkreis.

2. Kommunisten im neuen Landesverband der PDS Brandenburg

Unsere Zusammenkünfte hatten vorerst nur örtlichen Charakter. Ein Zusammenwirken auf Landesebene kam erst im Laufe des Jahres 1991 zustande, nachdem am 5. Mai desselben Jahres auf Initiative von Anton Latzo und Andreas Stark in Schöneiche ein Landestreffen der KPF stattfand. Auf diesem Treffen wurden grundsätzliche Fragen der KPF-Politik beraten und Heidi Zeidler aus Frankfurt (Oder) wurde als Delegierte für den Landesparteitag gewählt.

Trotz dieser guten Ansätze dauerte es fast ein halbes Jahr, bis auf Initiative von Bodo Salpius am 12. Oktober 1991 ein neues Treffen der KPF Brandenburg stattfand. Es be-

fasste sich u.a. mit der angelaufenen Programmdiskussion und den dazu vorliegenden drei sehr unterschiedlichen Entwürfen, darunter ein von Sahra Wagenknecht und Michael Benjamin verfasster. Das von einigen "Vordenkern" angestrebte Konzept der "Transformation der kapitalistischen Gesellschaft" in die sozialistische wurde von uns als unrealistisch abgelehnt. Als Ziel stellten wir uns, alles dafür zu tun, dass die Kandidaten der KPF, Sahra Wagenknecht und Michael Benjamin, auf dem bevorstehenden Parteitag in den Vorstand der PDS gewählt würden.

Wichtig für die weitere Arbeit der KPF im Land war an diesem Tag die Wahl eines Landessprecherrates, dem Andreas Stark (Eisenhüttenstadt), Wolfgang Preller (Potsdam), Konrad Hannemann (Frankfurt (Oder), Bodo Salpius und Bernd Heyse (beide Neuruppin) angehörten. Der Initiative von Bodo Salpius war es zu verdanken, dass von nun an eine kontinuierliche Arbeit auf Landesebene einsetzte. Monatlich traf sich der Landessprecherrat zur Beratung aktueller Aufgaben. Alle 2 - 3 Jahre fanden Landeskongresse statt (später jährlich), auf denen neben den Rechenschaftslegungen und einer Diskussion der aktuellen Lage die Wahlen der Delegierten zu Bundeskongressen und Landesparteitagen sowie die der Vertreter der KPF im Landesparteirat und der Mitglieder des Landessprecherrates erfolgten.

In den Jahren 1995 bis 1997 wurde eine eigene Monatszeitung der KPF für das Land Brandenburg, "Eine rote Meinung" unter redaktioneller Leitung von Klaus Möhle herausgegeben.

Die bis hierher aufgeführten Aktivitäten der KPF haben insofern einen Neuigkeitswert, als sie im Heft 2/1 der "Geschichte der Linkspartei. PDS im Land Brandenburg" im Abschnitt "Arbeits- und Interessengemeinschaften, Plattformen im Landesverband Brandenburg der Linkspartei.PDS", verfasst von Gerlinde Grahn, keine Erwähnung finden.

3. Die Mitwirkung der KPF in der Landespolitik der PDS

Die KPF-Angehörigen leisteten in den zurückliegenden Jahren sowohl innerhalb der PDS als auch in Funktionen außerhalb der Partei eine aktive Arbeit. Sie trugen somit zur Stärkung der PDS und ihres Ansehens bei, was sich in der steigenden Stimmenzahl für uns von einer Wahl zur anderen bemerkbar machte.

Wir pflegten stets ein sachlich-konstruktives Verhältnis zu unserem Landesvorstand und erfuhren von ihm Anerkennung und Unterstützung. Die jeweiligen Landesvorsitzenden Helmuth Markov, Wolfgang Thiel, Anita Tack, Ralf Christoffers und Thomas Nord nahmen wiederholt als Gäste an unseren Landeskongressen bzw. an den Beratungen des Landeskoordinierungsrates teil. Sie betonten dabei, dass ihnen die Mitarbeit der KPF wichtig ist.

Auf jeden Landesparteitag bereiteten wir uns gewissenhaft vor, brachten dort unsere Meinung zu den anstehenden Aufgaben ein und unterbreiteten konstruktive Vorschläge zu den vorliegenden Dokumenten. So reichten wir z.B. im Februar 1999 eine Vielzahl von Vorschlägen zur Änderung und Ergänzung des Landeswahlprogramms der PDS ein, von denen ein beachtlicher Teil durch die Delegierten angenommen wurde.

Für die Landesbasiskonferenz am 18. November 2000, die sich mit der Effektivierung der Struktur- und Personalpolitik befasste, reichten wir unseren Beitrag mit vier konkreten Vorschlägen schriftlich ein.

Auch zu aktuellen Höhepunkten nahmen wir Stellung. Ein Beispiel dafür ist die "Wortmeldung der Gruppe der KPF in der PDS des Raumes Potsdam, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming" anlässlich der Bundestagswahl 1998 (siehe Anlage 2).

Viele KPF-Angehörige engagieren sich in leitenden Funktionen bzw. parteilichen Strukturen im Kreis-, Landes- und Bundesmaßstab.

So leitete z.B. Kurt Libera von Anbeginn bis 1998 die Landesschiedskommission der PDS. Er nahm an der konstituierenden Sitzung des Landesvorstandes Brandenburg teil, war Mitglied der AG "Programm/Geschichte/innerparteiliche Bildung" und arbeitete viele Jahre in der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS mit. Wir können ihn mit Recht zu den herausragenden Persönlichkeiten der ersten Jahre der PDS rechnen.

Konrad Hannemann wurde dreimal auf Landesparteitagen in den Bundesparteirat gewählt, wo er besonders die Probleme der Partei im ländlichen Raum zur Sprache brachte. Als Mitglied der AG "Ländlicher Raum" war er an der Erarbeitung der Agrarkonzeption der PDS beteiligt.

Ilona und Rudolf Reisenweber arbeiteten viele Jahre im Landessprecherrat der KPF mit und vertraten uns im Landesparteirat, bis sie beide aus gesundheitlichen Gründen aufge-

ben mussten. An ihre Stelle wählten wir Herbert Schlomm aus Potsdam in den Landesparteierrat. Er ist ein sehr aktiver Stadtverordneter der PDS in Potsdam, wo er großes Ansehen bei den Bürgern genießt.

An der Parteibasis beteiligen sich unsere Mitglieder an der Besetzung der Informationsstände sowie an Wahl- und Landagitationseinsätzen. Sie nahmen und nehmen teil an außerparlamentarischen Aktionen, z.B. an Protestdemonstrationen gegen das „Bombodrom“ in der Wittstocker Heide. Besondere Bedeutung hat für uns die Friedens- bzw. Antikriegspolitik der PDS, wobei wir auch mit kommunistischen Parteien, mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und kirchlichen Kreisen zusammenarbeiten.

Mehrere Mitglieder arbeiteten über längere Zeit in Funktionen auf Kreisebene mit, besonders auf dem Gebiet der politischen Bildung, z.B. Eberhard Plehn in Frankfurt (Oder) und Heinz-Uwe Draba in Jüterbog; andere als BO-Vorsitzende bzw. deren Stellvertreter, wie Gerhard Knitter in Ludwigsfelde, Eberhard Nimz in Ludwigsfelde, Helmut Pannhausen in Nuthetal, Gerhard Thiele in Kleinmachnow und Ulrich Wunderlich in Trebbin.

Außerhalb der PDS fungierten Heidi Zeidler und Uwe Draba in den Gewerkschaften, Konrad Hannemann im Vorstand der VVN - Bund der Antifaschisten, Eberhard Nimz als Vorsitzender des deutsch-chinesischen Freundschaftsvereins, Hans Bruder als Gemeindevertreter in Schulzendorf, Ilona und Rudolf Reisenweber als sachkundige Bürger in der Stadt Storkow.

Auch an der Arbeit des Solidaritätskomitees für die Unterstützung politisch Verfolgter in der BRD beteiligten wir uns, z.B. durch das Einreichen von Gnadengesuchen für Inhaftierte, Unterschriftensammlungen und das Schreiben von Briefen an inhaftierte Genossen, um ihnen Mut in ihrer schwierigen Situation zu machen.

Diese Beispiele sollen verdeutlichen, welche vielfältige praktische Arbeit die KPF-Angehörigen leisten und dass es nicht zutrifft, wenn manche leitende Genossen behaupten, wir beschäftigten uns nur mit Utopien. Im Unterschied zu den Genossen, die unsere Mitarbeit schätzen, ahnen wohl einige andere Genossen nicht, welchen Schaden sie der Partei zufügten, wenn sie ihr Ziel erreichten, uns die PDS "unerträglich" zu machen. Gemeinsam mit anderen AG, IG und Plattformen haben wir dazu beigetragen, die PDS als linke Kraft sowohl in parlamentarischer Opposition als auch in der außerparlamentari-

schen Arbeit zu stärken. In unserem Wirken vor Ort, als einem Schwerpunkt unserer Arbeit, konnten wir immer wieder feststellen, dass unsere Positionen und Verhaltensweisen mit denen der Mehrheit der Mitglieder in den Basisorganisationen in Übereinstimmung stehen. Die Erkenntnis, dass sich die KPF als fester Bestandteil der PDS fühlt und bewährt, dass sie in ihr für die weitere Vervollkommnung des sozialistischen Profils wirkt, hat unseres Erachtens zugenommen.

4. Unsere Stellungnahmen zu politischen Grundfragen

Als Kommunisten in der PDS diskutierten wir wiederholt das Problem möglicher Koalitionen der Sozialisten in einer kapitalistischen Regierung, zu dem Rosa Luxemburg bereits sehr kritische Stellungnahmen verfasst hatte.

Bereits im Dezember 1994 befassten wir uns ausführlich mit den vom Landesvorstand herausgegebenen fünf Thesen zur Regierungsbeteiligung bis zum Jahr 2000. Unsere Meinung dazu teilten wir dem Landesvorstand mit. Für uns stand vor allem die Frage, unter welchen Voraussetzungen eine Regierungsbeteiligung sinnvoll ist und wie unter den gegebenen Umständen das programmatische Profil der PDS gewahrt werden kann.

Als die PDS des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 1998 in eine Regierungskoalition mit der SPD eintrat, betrachteten wir das mit Sorge, denn die Bedingungen für eine erfolgreiche PDS-Politik schienen uns nicht erfüllt. Schließlich sagten wir uns, dass man es als Experiment akzeptieren könne, wenn die Lehren daraus gezogen würden.

Leider bestätigten sich unsere Befürchtungen: das Mittragen der Verantwortung für die neoliberale Politik der SPD führte im Jahr 2006 zu einem Wahldebakel für die Genossen in Mecklenburg-Vorpommern. Trotzdem wurden die Erkenntnisse, die eine eingesetzte Arbeitsgruppe ermittelt hatte, auf Landes- und Bundesebene ignoriert. Die Koalition wurde nicht nur fortgesetzt, sondern eine solche auch in Berlin eingegangen, wo wenige Jahre später eine ebensolche Wahlkatastrophe folgte.

Als es im Jahre 2002 auf Bundesebene zu einer schmerzhaften Wahlniederlage kam und wir nur noch mit zwei Genossinnen im Bundestag vertreten waren, brachte die Parteibasis deutlich ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck und forderte eine Politikänderung. Der auf dem Geraer Parteitag neu gewählte Parteivorstand brachte auch für uns Hoffnung in

dieser Richtung. Seine Arbeit wurde jedoch von selbsternannten "Reformpolitikern" untergraben, und durch einen Sonderparteitag wurde im Jahre 2003 ein Parteivorstand gewählt, der die illusionäre Politik der "Überwindung des Kapitalismus auf transformatorischem Weg" fortsetzte. Unsere Territorialgruppe aus Potsdam und Umgebung äußerte dazu in einem Brief an die Delegierten des 8. Parteitags einen klaren Standpunkt (Anlage 3). Selbstverständlich sind wir als Kommunisten grundsätzlich für Reformen, die das Leben der Menschen verbessern. Aber die Entmachtung des Großkapitals und das schrittweise Erreichen des Sozialismus auf dem Wege von Reformen halten wir für eine gefährliche Illusion.

Deshalb entschieden wir uns, aktiv in die Strategiedebatte einzugreifen. Wir erarbeiteten einen Entwurf zur mittelfristigen Strategie unter dem Titel "Die Position der PDS zur Umsetzung des Parteiprogramms unter den aktuellen politischen Bedingungen" und reichten ihn am 15. September 2004 als Antrag an die 1. Tagung des 9. Bundesparteitages der PDS ein. Auf dem Parteitag selbst zogen wir auf Anraten des Bundessprecherrates der KPF diesen Antrag zurück.

Wir betonten jedoch, dass wir zu den Grundaussagen unseres Antrages stünden, kündigten eine Überarbeitung an und beantragten, der Parteivorstand möge die überarbeitete Fassung in die Vorbereitungsunterlagen für die geplante Strategiekonferenz aufnehmen. Dieselbe wurde aber mehrmals verschoben und schließlich ganz ad acta gelegt, weil das Wahlbündnis mit der WASG und die künftige Fusion auf der Tagesordnung standen.

Damit ergab sich für uns, dass wir unsere strategischen Überlegungen in die neue Partei einbringen mussten.¹

5. Die Zusammenarbeit mit Kommunisten außerhalb der PDS/DIE LINKE

Eine wesentliche Seite unserer Arbeit war und ist das Zusammenwirken mit den Kommunisten anderer Parteien sowie das Einbeziehen parteiloser Kommunisten in die politische Arbeit.

¹ Siehe dazu Punkt 9.

Bereits Anfang der 90er Jahre pflegten nicht nur wir, sondern auch Mitglieder des Landesvorstandes, z. B. Helmuth Markov und Heinz Vietze, gute Beziehungen zur DKP, besonders zu den Landesvorständen Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Diese aufgeschlossene Haltung gegenüber der DKP wurde von den Leitungsgremien der PDS in den folgenden Jahren jedoch Schritt für Schritt abgebaut. Im Unterschied zu solchen Funktionsträgern sehen wir als KPF auch heute noch in den Kommunisten außerhalb der PDS unsere nächsten Verbündeten, selbst wenn wir deren Standpunkte nicht in jedem Falle teilen. Angesichts der derzeitigen Schwäche der sozialistischen Bewegung in der BRD sollten wir Bündnispartner nicht nur in der Mitte der Gesellschaft, sondern vor allem links von der PDS suchen. Das betrifft z.B. unseren gemeinsamen Kampf um soziale Gerechtigkeit, für Frieden, gegen Krieg sowie gegen den von der alten BRD herüber geschwappten Rechtsextremismus und seine Fremdenfeindlichkeit. Beginnend im Mai 2000 trafen wir uns mehrmals mit Vertretern der Landesvorstände von DKP und KPD. Erstes Ergebnis unserer Beratungen war eine "Gemeinsame Erklärung" vom 24. Juni 2000. Darin bestärkten wir unsere Genossen an der Basis in dem Bestreben, vor allem bei außerparlamentarischen Aktionen zusammenzuarbeiten.

Auf dieser Grundlage führten und führen wir auch gemeinsame Veranstaltungen auf Landesebene durch. Die erste fand am 18. November 2000 als Konferenz anlässlich des 125. Jahrestages des Gothaer Parteitages und des damals beschlossenen Programms in Königs Wusterhausen statt. Das Hauptreferat hielt Erich Kundel (DKP). Es folgte ein reger Gedankenaustausch, der uns zu aktuellen Schlussfolgerungen führte.

Eine zweite gemeinsame Konferenz fand am 30. April 2002 in Cottbus statt. Das Referat hielt Sahra Wagenknecht (Mitglied des Parteivorstandes der PDS) ergänzt durch Diskussionsbeiträge von Brigitte Müller (DKP) und Hartmut Zobel (KPD). Das Thema der Veranstaltung war "Kapital, Krieg, Krise - kein Ausweg in Sicht? Die Notwendigkeit der Einheit der Linken."

Danach stellten wir uns die Frage, auf welcher politischen Grundlage wir unsere Zusammenarbeit fortsetzen sollten. Wir gelangten zu der Erkenntnis, dass nicht das Ausdiskutieren unterschiedlicher Auffassungen im Vordergrund stehen kann. Das hätte uns wahrscheinlich nur zerstritten. Für uns stand fest, dass wir als Kommunisten sehr viele ge-

meinsame Überzeugungen haben. Wir beschlossen, diese als „Grundpositionen für die Zusammenarbeit der Kommunisten“ zu Papier zu bringen und dabei alles Trennende beiseite zu lassen.

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe entwarf eine Diskussionsgrundlage. Dadurch wurde ein Lernprozess in Gang gesetzt, in dessen Ergebnis ein gemeinsamer Entwurf entstand. Dieser war im Frühjahr 2006 unterzeichnungsreif (Anlage 4). Am 19. August 2006 fand im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung die Unterzeichnung durch die drei Partner statt. Zugleich einigten wir uns auf die Erarbeitung eines gemeinsamen Aktionsprogramm (in Anlage 4 enthalten); denn was nützen theoretische Grundsätze, wenn denen keine Taten folgen sollten? Wir richteten in diesem Aktionsplan die Erwartungen an unsere Basisorganisationen, auf der örtlichen Ebene bei allen außerparlamentarischen Aktionen zusammen zu arbeiten. Ein Beispiel dafür ist unser „Aufruf“ vom März 2005 zu gemeinsamem Handeln anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus. Von besonderer Bedeutung war unsere „Gemeinsame Erklärung vom 6. Juli 2005“, in der wir gemeinsam mit den Landesvorständen von DKP und KPD dazu aufriefen, bei den Bundestagswahlen die Stimme dem Linksbündnis von PDS und WASG zu geben (Anlage 5). In unserem Aktionsplan beschlossen wir weiterhin, in jedem Jahr gemeinsame Veranstaltungen auf Landesebene durchzuführen. Dazu wird derselbe jährlich aktualisiert.

So wurden im Jahr 2007 zwei Großveranstaltungen in die Wege geleitet.

Für den 3. Oktober planten wir eine Protestveranstaltung zum „Tag der Einheit“, die vor allem die Benachteiligung der Ostdeutschen seit dem Anschluss der DDR an die BRD sichtbar machen sollte. So etwas gab es erstmalig seit 1990. Das fand bei vielen Organisationen einen solchen Widerhall, dass sie sich unserem Vorhaben anschlossen und das Kuratorium ostdeutscher Verbände die Trägerschaft für die Veranstaltung übernahm. Die Hauptarbeit dabei leistete unser Genosse Klaus Blessing, und das mit großem Erfolg. Am 3. Oktober versammelten sich über 1000 Teilnehmer im Berliner Kinotheater KOSMOS und folgten begeistert den Ausführungen der Hauptredner Moritz Mebel und Hans Reichel. Eine solche Veranstaltung sollte von nun an jedes Jahr am 3. Oktober stattfinden.

Am 17. November 2007 wurde im Kleistforum Frankfurt (Oder) eine feierliche Veranstaltung anlässlich des 90. Jahrestages der Sozialistischen Oktoberrevolution durchgeführt. Daran nahmen etwa 100 Genossen teil, darunter 6 der kommunistischen Parteien Tschechiens und Polens. Der Dresdner Singclub „Ernesto Che Guevara“ versetzte uns in begeisterte Stimmung, und die Referate und Statements enthielten interessante Ideen, so dass die Veranstaltung als sehr erfolgreich eingeschätzt werden konnte.

Das ermutigte uns, solche Veranstaltungen als eine wirksame Form unserer politischen Öffentlichkeitsarbeit in den nächsten Jahren fort zu setzen.

6. Internationale Zusammenarbeit

Auf dem Landesparteitag am 19./20. Februar 2005 wurde Hans-Peter Schömmel zum Mitglied des Landesvorstandes Brandenburg gewählt und für das Aufgabengebiet der internationalen Zusammenarbeit eingesetzt. Zu diesem Zeitpunkt war er schon über ein Jahrzehnt Sprecher der LAG Internationale Arbeit (siehe Anlage 1).

Durch diese LAG entstanden wertvolle Verbindungen und Erfahrungen in der internationalen Zusammenarbeit, besonders zu Gliederungen tschechischer, slowakischer, polnischer und französischer Kommunisten in grenznahen Regionen.

Auf Initiative des Genossen Schömmel wurde im Jahre 2001 ein "Ständiges Forum der europäischen Linken der Regionen" (SFEL-R) gegründet und ein erster Rahmenvertrag zur Ausgestaltung dieser Zusammenarbeit erarbeitet.

Nach Gründung der Europäischen Linkspartei 2004 wurde diese Landesarbeitsgemeinschaft in ein Netzwerk der Europäischen Linken (EL-Netzwerk) umbenannt.

Durch die bis dahin entstandenen Partnerschaften und Kooperationsbeziehungen zwischen Sozialisten und Kommunisten, so auch mit der DKP Brandenburg, entwickelte sich für uns als KPF der Linkspartei. PDS ein neues Betätigungsfeld.

Am 22. April.2006 unterzeichnete die KPF Brandenburg in Kolberg /Brandenburg gemeinsam mit über 20 unterschiedlichen Gliederungen und Strukturen linker Parteien und Organisationen die Rahmenvereinbarung 2.

Dadurch wurde eine neue Etappe der Zusammenarbeit mit Beobachtern und Mitgliedern der EL eingeleitet. Die Kommunistische Plattform des Landesverbandes DIE LINKE . PDS Brandenburg wurde somit auch Mitglied des Koordinierungsrates des SFEL-R.

7. Die Entwicklung unserer Organisation und Struktur

Die Vielzahl der von uns zu lösenden Aufgaben erforderte auch eine Weiterentwicklung auf organisatorischem Gebiet (Anlage 1).

Als Bodo Salpius im November 1999 aus gesundheitlichen Gründen seine Funktion als Sprecher aufgeben musste, trat an seine Stelle ein dreiköpfiger Sprecherrat, bestehend aus Heinz-Uwe Draba, Konrad Hannemann und Helmut Pannhausen, die die Aufgaben unter sich aufteilten. Der bisherige Sprecherrat wurde erweitert und in einen Landeskoordinierungsrat umgebildet. Damit passten wir uns der Struktur der KPF auf Bundesebene an.

Das Ziel dieser Umbildung war aber auch, an der Basis eine größere Breite zu erreichen. Wir fassten die verstreut arbeitenden Genossen zu Territorialgruppen zusammen, die sich von nun an regelmäßig zum Gedankenaustausch und zur Beratung anstehender Fragen trafen. In den Gruppen Potsdam - Potsdam/Mittelmark - Teltow/Fläming (Sprecher Helmut Pannhausen), Frankfurt (Oder) - Eisenhüttenstadt - Beeskow (Sprecher Werner Fitzner), Cottbus (Sprecher Erwin Erfurth) und Neuruppin (Sprecher Matthias Klenner) wurde nun eine kontinuierliche Arbeit geleistet, so dass nur noch wenige KPF-Angehörige, die verstreut wohnten, sozusagen Einzelkämpfer sind.

Ein Problem für uns, ebenso wie für die gesamte PDS, war und ist die starke Bewegung der Mitgliedschaft. Viele Genossen können aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht mehr mitarbeiten. Andere, nicht nur KPF-Angehörige, verließen die PDS, weil sie mit dem von der Mehrheit des Parteivorstandes eingeschlagenen Kurs der Politikänderung und des Abweichens vom 1993 beschlossenen Programm nicht einverstanden waren oder weil sie die ständigen Entschuldigungen, z.B. für die sog. „Zwangvereinigung“ und den "Mauerbau“, nicht mittragen wollten.

So schieden viele bewährte Genossen aus dem Landeskoordinierungsrat aus, wie Kurt Nobst und Uwe Draba, die zur DKP wechselten und die dort jetzt eine aktive Arbeit leis-

ten. Später verließ uns auch Matthias Klenner, der sich seitdem voll auf die Mitarbeit in der Vereinigung "Freie Heide" konzentriert und wirksam gegen die Nutzung der Heide als Bombodrom ankämpft. Leider löste sich dadurch unsere Territorialgruppe Neuruppin auf. Bedauerlicherweise riss auch der Tod Lücken in unsere Reihen. Das betraf im Jahre 2007 Eberhard Nimz und Erwin Erfurth, die lange Jahre zuverlässig mitgearbeitet hatten. Andererseits ist eine Reihe von Genossen, auch der mittleren Jahrgänge, zu uns gestoßen, weil ihnen die Bewahrung der marxistischen Grundorientierung in unserer Partei wichtig ist. Dazu zählen seit März 2004 Klaus Blessing und Hans-Peter Schömmel. Als im Jahre 2006 die Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG auf der Tagesordnung stand, traten neue Anforderungen an uns heran.

Zunächst muss man feststellen, dass wir diese Stärkung der Linken in Deutschland begrüßten und wir uns aktiv in den Vereinigungsprozess einbrachten. Unser besonderes Anliegen dabei war, dass die neue Partei das Ziel des Sozialismus und die Einhaltung des Beschlusses von Münster (kein Einsatz der Bundeswehr außerhalb der Grenzen der BRD) nicht aufgibt.

Die neue Partei braucht aber auch eine neue Satzung. Für die aus der WASG zu uns stößenden Genossen war die in der PDS traditionelle Arbeit der AG, IG und Plattformen ein Problem, mit dem sie sich auseinandersetzen mussten. Sie verstanden den Sinn der Sache, stellten aber höhere Anforderungen an die Zulassung derselben auf Bundes- und Landesebene. Im Entwurf der Satzung wurde deshalb ein neuer Passus aufgenommen. Er beinhaltet sinngemäß, dass jeder innerparteiliche Zusammenschluss namentlich nachweist, dass ihm mindestens 0,5 % der Parteimitglieder des Bundes bzw. des Landes angehören oder er in mindestens der Hälfte der Länder bzw. Kreise der entsprechenden Ebene zugelassen ist.

Das bedeutete, dass wir im Land Brandenburg mehr als 52 Mitglieder nachweisen mussten, die der KPF angehören. Anfangs gelang uns das nur für 47 Mitglieder. Der Bundessprecherrat der KPF half uns. Er richtete einen Brief an alle Mitglieder und stellte Fragebogen bereit, auf denen jeder, der es wollte, seine Zugehörigkeit zur KPF erklären konnte. Der Erfolg, auch durch unsere Aktivitäten vor Ort gefördert, war überwältigend. Innerhalb eines Jahres wuchs die Zahl der KPF Angehörigen im Land auf 101 Mitglieder;

daneben haben wir 17 Nichtmitglieder der Partei DIE LINKE. Dadurch konnten wir neue Territorialgruppen in Falkensee (Sprecher Bodo Hinkel), Fürstenwalde (Sprecher Ralf Tschorn) und Blankenfelde (betreut durch Gerd Knitter) bilden und die Territorialgruppe Lausitz (Sprecher Reinhard Loeff) erweitern und stabilisieren.

Auch der LKR erfuhr eine Stärkung. Nachdem wir im Jahre 2005 Klaus Curth aus Belzig nachgewählt hatten, kamen im Jahre 2007 Uta Hohlfeld und Bodo Hinkel hinzu. Dadurch gelang es uns, den Altersdurchschnitt des LKR zu verjüngen und seine Arbeitsfähigkeit langfristig zu gewährleisten.

8. Unsere Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE

Wie bereits festgestellt, pflegen wir ein sachlich-konstruktives Verhältnis zu den Leitungsorganen der Partei im Land. Trotz unterschiedlicher Meinung in manchen Fragen arbeiten wir im Geiste der gegenseitigen Achtung zusammen. Wir sind bestrebt, den Pluralismus als Ideenbereicherung zu nutzen und uns in sachlichem Streitgespräch näher zu kommen. Deshalb waren wiederholt Führungskader des Landes zu Gast auf Sitzungen unseres Landeskoordinierungsrates. So zum Beispiel am 11. Juni 2003 Andreas Trunschke zum Problem des Zusammenwirkens von Parteivorstand und Parteibasis, am 15. Oktober 2003 Harald Petzold zu Programmfragen, am 12. April unsere Landtagsfraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser zu der Frage, unter welchen Bedingungen eine Regierungsbeteiligung für Sozialisten sinnvoll ist.

Zu Fragen der Parteireform führten wir am 21. April 2004 mit Claudia Gohde vom Parteivorstand einen Gedankenaustausch durch, der ihr, wie sie selbst einschätzte, wertvolle Anregungen vermittelte.

Auch wenn wir in diesen Gesprächen keine völlige Übereinstimmung erzielten, so trugen sie doch zum gegenseitigen Verständnis bei.

In den Jahren 2006/2007 unterstützten wir die Positionen zur gleichberechtigten Zusammenarbeit unseres Landesvorstandes mit der WASG und dem Ziel der Vereinigung auf Landesebene.

Vom Landesvorstand wurde die Arbeit der AG, IG und Plattformen gefördert, indem er ihnen ermöglichte, ein Faltblatt für ihre Präsentation zu drucken. Darin konnten wir als

KPF die Fragen "Wer sind wir?" und "Was wollen wir?" beantworten und damit Fehlinterpretationen unserer politischen Zielstellungen entgegenwirken. Ebenso finden wir es gut, dass wir dieses Heft über die Geschichte unserer Plattform herausbringen können.

Ein weiterer Anstoß zur Mitarbeit auf Landesebene war für uns der von der Landtagsfraktion vorgelegte Entwurf des Leitbildes „Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg“.

Wir beschäftigten uns mit seinem Inhalt, nahmen auf dem Landesparteitag am 28. Oktober 2007 dazu Stellung, würdigten die Initiative der Fraktion, weil ein Leitbild Grundlage für eine konstruktive Opposition sein kann und erklärten uns zur Mitarbeit bereit.

Nach einem mit Kerstin Kaiser abgestimmten Konzept haben wir uns im Landeskoordinierungsrat abschnittsweise gemäß der Gliederung mit dem Leitbild beschäftigt und ausführlich begründete Vorschläge zur Vervollkommnung unterbreitet.

Wir brachten u.a. zum Ausdruck: Im Leitbild – wenn es für alle Bevölkerungsschichten, also auch für jene Bürgerinnen und Bürger gedacht ist, die bewusst die Vergangenheit und Gegenwart erlebt haben bzw. erleben – müssen sie sich darin wieder finden, mit ihren Erfahrungen, Erkenntnissen und Problemen. Die Aussagen im Leitbild sollten weitgehend realistisch und wahrheitsgemäß sein. Wunschdenken und dem Zeitgeist geschulte Wertungen und Formulierungen sind unangebracht. Was sachlich und politisch falsch ist, gehört nicht in ein Leitbild der Fraktion DIE LINKE, ist nicht zu unterstützen und wird von uns abgelehnt.

Am 5. Dezember 2007 haben wir den überarbeiteten Entwurf behandelt. Wir konnten feststellen, dass eine Reihe unserer Vorschläge beachtet wurde. Aber unsere grundsätzlichen Überlegungen fanden kaum bzw. keine Berücksichtigung. Das trifft besonders die Aussagen zur Geschichte der DDR, eine Überbewertung der Demokratie in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sowie die zum Teil illusionären und allgemeinen Zielstellungen gegenüber der neoliberalen Politik der Herrschenden in diesem Land (Anlage 6).

9. Unsere Mitarbeit im Bundeskoordinierungsrat der KPF (BKR)

Der Bundeskoordinierungsrat der KPF, geleitet durch seinen Sprecherrat, gab und gibt uns jederzeit eine gute Orientierung zur Bewältigung unserer politischen Tagesaufgaben

sowie zu Grundsatzfragen der Parteipolitik. Auch wir konnten uns durch unsere in den BKR gewählten Vertreter (in den letzten Jahren waren es Anton Latzo und Konrad Hanemann) mit guten Ideen und Initiativen konstruktiv einbringen.

Unsere Genossen schätzen es, dass Ellen Brombacher als Sprecherin des BKR an fast allen Landeskonferenzen der KPF Brandenburg teilnahm und uns wertvolle Erfahrungen vermittelte.

Eine besondere Hilfe war und ist für uns auch das monatliche Erscheinen der "Mitteilungen der KPF". Der niveauvolle Inhalt der Beiträge kommt bei vielen Genossen (nicht nur KPF-Angehörigen) gut an. Die "Mitteilungen" haben Anteil daran, dass sich die KPF zum mitgliederstärksten innerparteilichen Zusammenschluss im Land Brandenburg entwickelte. Eine Vielzahl von Beiträgen darin kommt auch von Genossen unseres Landes. Zur Verbreitung trugen wir durch Werbung und durch Leserkonferenzen (besonders in Frankfurt (Oder) und Potsdam) bei.

Im Jahre 2007 ging von der KPF Brandenburg eine besondere Initiative aus. Auf Grund der Forderung vieler KPF-Genossen im Land trugen wir an den BKR den Vorschlag heran, Vorstellungen zu einem neuen Sozialismusbild zu erarbeiten. Die Genossen des Bundesprecherrates der KPF meinten zunächst, dazu fehle uns noch die Kraft, und zu viele Fragen seien noch unklar, so dass die Gefahr bestünde, dass die Linken sich darüber zerstritten. Wir blieben bei unserer Meinung, dass eine klare kommunistische Position zum Sozialismus in unserer Zeit notwendig ist und wir auf die Programmdiskussion der neuen Partei Einfluss nehmen müssen.

Auf der Beratung des BKR der KPF am 4. August 2007 fand unsere Position bei den Genossen der Landesverbände lebhafte Zustimmung. Daraufhin wurde der Beschluss gefasst, für die Bundeskonferenz der KPF am 10. November 2007 ein Beratungsmaterial vorzulegen.

Unter Federführung von Klaus Blessing stellten wir unsere "Position zum Sozialismus im 21. Jahrhundert" dar, begründeten diese und stellten das Positionspapier den Delegierten zur Verfügung. Zur weiteren Arbeit wurde dazu ein Beschluss gefasst (Anlage 7).

Auf Grundlage dieses Beschlusses erfolgt die Fertigstellung des Positionspapiers unter Einbeziehung der Meinung aus Basisgruppen der KPF, der Zeitung „Rotfuchs“ und von Gewerkschaften sowie der Beratung mit Gesellschaftswissenschaftlern und Politikern. Wir treten dafür ein, diese Position einer breiten Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb der Partei DIE LINKE zugänglich zu machen.

Das Material kann ab März 2008 über das Internet www.dielinke-brandenburg.de (Link „AG“, Link „KPF“) abgerufen oder von uns bezogen werden.

10. Schlussbetrachtungen und Ausblick

Aus den Darlegungen unserer Geschichte von 1989 bis 2007 ist ersichtlich, dass die KPF ein fester Bestandteil der Linkspartei.PDS war und ist, der sich engagiert für die Realisierung der Ziele des Parteiprogramms eingesetzt hat.

Sie hat weitgehende Lehren aus der Niederlage des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa gezogen und kämpft für eine solche Veränderung des Kräfteverhältnisses in Deutschland und der Welt, dass ein neuer, besserer Sozialismus eine Chance erhält. Das wird aber nur möglich, wenn solche Wesensmerkmale des Marxismus wie die schrittweise Vergesellschaftung der Masse des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Machtausübung im Interesse der Mehrheit des Volkes in der Parteipolitik fest verankert sind.

Wir werden als Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE beharrlich weiter um die Wahrung ihres sozialistischen Charakters ringen.

Anlage 1

Kadermäßige Entwicklung der Leitungsorgane der KPF des Landes Brandenburg

Zeitraum 1991 bis Oktober 1998

Landessprecher: Bodo Salpius (Neuruppin)

Mitglieder des Sprecherrates (davon einige zeitweilig):

Heinz-Uwe Draba (Hohen Neuendorf), Konrad Hannemann (Frankfurt (Oder), Eberhard Nimz (Ludwigsfelde), Kurt Nobst (Blumberg), Klaus Möhle (Paplitz), Helmut Pannhausen (Rehbrücke), Ilona und Rudolf Reisenweber, Heinz Winter (alle Storkow).

Zeitraum Oktober 1998 bis 2008

1998 bis 2002:

Landessprecher: Konrad Hannemann, Helmut Pannhausen, Bodo Salpius, ab 15. November 1999 Heinz-Uwe Draba statt Bodo Salpius (aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden).

Weitere Mitglieder des im Dezember 1998 konstituierten LKR: Erwin Erfurth, Eberhard Nimz, Ulrich Wunderlich (Trebbin), Ilona und Rudolf Reisenweber (beide am 15. März 2003 aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden), ersetzt durch Nachwahl von Matthias Klenner (Basdorf bei Neuruppin), Peter Pollack (Cottbus).

2004 bis 2006:

Landessprecher: Konrad Hannemann, Matthias Klenner, Helmut Pannhausen,

Weitere LKR-Mitglieder: Klaus Blessing (Zeuthen), Erwin Erfurth, Eberhard Nimz, Hans – Peter Schömmel (Cottbus), Ulrich Wunderlich.

2006 bis September 2007:

Landessprecher: Klaus Blessing, Konrad Hannemann, Helmut Pannhausen,

Weitere LKR-Mitglieder: Klaus Curth (Belzig), Erwin Erfurth (im Januar 2007 verstorben), Gerd Knitter (Ludwigsfelde), Hans – Peter Schömmel, Ulrich Wunderlich.

September 2007 bis dato:

Landessprecher: Konrad Hannemann, Uta Hohlfeldt, Helmut Pannhausen,

Weitere LKR-Mitglieder: Klaus Blessing, Klaus Curth, Bodo Hinkel (Falkensee), Gerd Knitter, Hans-Peter Schömmel, Ulrich Wunderlich.

(Zusammenstellung Konrad Hannemann)

Anlage 2

Wortmeldung der Gruppe der KPF in der PDS des Raumes Potsdam, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming anlässlich der Bundestagswahl 1998

Potsdam, 4. Dezember 1998

Auch wir sind der Meinung, dass der Wiedereinzug der PDS in den Deutschen Bundestag sowie mit einem Zuwachs in die Parlamente der Kommunen realistisch ist. Dies kann wesentlich dazu beitragen, nicht nur die längst fällige Kohlregierung abzuwählen, sondern vor allem einen Politikwechsel in der BRD herbeizuführen.

Erforderlich ist jedoch, so meinen wir, unterschiedliche Auffassungen und Sichten, die es unter den Linken gibt, zurückzustellen bzw. beiseite zu rücken und dafür jetzt alle Kräfte wirkungsvoller auf das gegenwärtig Wichtigste zu konzentrieren: Bei der Bundestagswahl mehr als 5 % Wählerstimmen für die PDS zu gewinnen.

Wir gehen davon aus, dass die Bundestagsabgeordneten Maritta Böttcher, Teltow-Fläming, und Rolf Kutzmutz, Potsdam, wieder für den Bundestag kandidieren. Sie haben unser volles Vertrauen und können der umfassenden Unterstützung der Genossinnen und Genossen unserer Gruppe gewiss sein. Wir werden vorrangig in unseren Basisorganisationen, in den Gemeinden und Wohngebieten als aktive Helfer tätig sein und wie bisher unsere Kräfte nicht schonen.

Gleichzeitig erkennen wir jedoch, dass für einen erfolgreichen Wahlkampf auch finanzielle Aufwendungen erforderlich sind. Deshalb haben wir uns in der Dezember-Beratung der Gruppe verständigt, an der Spendenkampagne der PDS „1000 x 1000“ teilzunehmen und 1000 Deutsche Mark auf das Spendenkonto des PDS-Bundesvorstandes bei der Dresdner Bank, Konto-Nr. 0666579000, Bankleitzahl 12080000, Kennwort: Wahlen 98, zu überweisen.

Anlage 3

*Schreiben der KPF-Gruppe Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und Havelland
an die Delegierten des 8. Landesparteitages und die Mitglieder des Landesvorstandes der
PDS Brandenburg
Potsdam, 22. Mai 2003*

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir, die Angehörigen der KPF der PDS der Kreise Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und Havelland haben uns in monatlichen Beratungen gründlich mit dem Geraer Parteitag und dem überarbeiteten Entwurf des Parteiprogramms beschäftigt.

Im Ergebnis der daraus gezogenen Erkenntnisse und gestützt auf die Erfahrungen der Basisorganisationen unseres Wirkungsbereiches halten wir es für erforderlich, ja für unsere Pflicht, Euch den Standpunkt unserer Gruppe zur gegenwärtigen Lage in der PDS mitzuteilen.

Vorab jedoch zur Information: Wir, die Angehörigen oben genannter Gruppe, leisten in den Basisorganisationen intensive Parteiarbeit, insbesondere auch als Vorsitzende oder Vorstandsmitglieder. Aus dieser Tätigkeit sowie den vielen Kontakten zu anderen Basisorganisationen ist uns die gegenwärtige Stimmung in der Parteibasis gut bekannt. Die Ergebnisse der Parteitage von Münster und Gera wurden überwiegend begrüßt und als eine wichtige Orientierung für die weitere sozialistische Profilierung der Partei empfunden.

Auf völliges Unverständnis stößt daher die seit Gera betriebene Blockadepolitik der Gruppe der Minderheit des Parteitages. Wie viele Genossinnen und Genossen fragen auch wir uns, mit welchem Recht und mit welchen Motiven diese Minderheit die von den Delegierten mehrheitlich beschlossenen Ergebnisse des Parteitages danach blockierte bzw. sabotierte und die Partei dadurch in die bisher tiefste Krise manövrierte. Anstatt entschlossen und zielgerichtet Gera umzusetzen und dem Sozialabbau, der durch die Herrschenden der BRD betrieben wird, offensiv entgegen zu treten, wird mit Hilfe der Medien die Partei verunsichert und gelähmt. Bei all diesen unheilvollen Vorgängen übersehen wir keinesfalls die Rolle des Parteivorstandes seit Gera.

Angesichts dieser Situation ist der vorgesehene Parteitag unvermeidlich. Wir bitten jedoch Euch, die Delegierten und die Mitglieder des Landesvorstandes der PDS Brandenburg, darauf Einfluss zu nehmen, dass der Kurs der Zerrissenheit, der die Existenz der Partei bedroht, beendet wird.

Wir wollen euch ganz offen und ehrlich sagen: Zweifel und Mutlosigkeit sowie Überlegungen, aus der Partei auszutreten, haben wieder zugenommen. Dagegen war unmittelbar nach Gera eine entgegengesetzte Tendenz vorhanden. Nicht wenige Mitglieder wurden beflügelt, sich wieder stärker für die Partei zu engagieren. Jetzt hört man aber immer wieder: "Wir warten erst mal die Ergebnisse des Parteitages in Berlin ab". Sie machen ihren Verbleib in der PDS also davon abhängig.

Wir, und wie uns bekannt ist auch viele Genossinnen und Genossen der Parteibasis erwarten, dass die Partei wieder handlungsfähig wird. Auch angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen ist das ja zwingend notwendig.

Wir teilen die Auffassung des Ehrenvorsitzenden der PDS Hans Modrow, der beunruhigt ist, dass die Beschlüsse von Gera durch den bevorstehenden Parteitag revidiert oder relativiert werden, und dass der dort gewählte Parteivorstand durch jene ersetzt wird, die sich in Gera verweigert haben.

Handlungsfähigkeit der PDS wieder herzustellen bedeutet für uns nicht nur, die Vorstandsarbeit in Ordnung zu bringen, sondern schließt ein, dass die Mitgliedschaft die Bundes- und Landespolitik versteht und mit trägt. So wie das im Grunde genommen für die Orientierung des Geraer Parteitages zutrif, insbesondere auf solche grundsätzlichen Aussagen wie zur weiteren sozialistischen Profilierung der PDS als antikapitalistische Partei, zur Politik der gestaltenden Opposition und nicht zuletzt zu unserer Position zu Krieg und Frieden entsprechend dem Münsteraner Parteitag.

Wir sind uns bewusst, wir alle und besonders die Delegierten des Parteitages tragen eine große Verantwortung für den Erhalt der PDS als pluralistische Partei, links von der SPD. Liebe Delegierte, wir wünschen Euch auf dem Wege zum Berliner Parteitag alles Gute, vor allem Mut, Kraft und Weitblick für Entscheidungen, die Partei aus der Krise herauszuführen.

Mit solidarischen Grüßen
die Angehörigen der KPF in der PDS Potsdam,
Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und Havelland
Im Auftrag:
Helmut Pannhausen

Anlage 4

„Grundpositionen für die Zusammenarbeit der Kommunisten“ und „Aktionsprogramm der KPF der PDS, der DKP, und der KPD des Landes Brandenburg“

19. August 2006

Vor unseren Augen vollzieht sich die imperialistische Globalisierung. Sie lässt keine Barrieren und Pausen zu. Der Kampf der imperialistischen Machtzentralen ist im vollen Gange. Die US-amerikanischen Eliten streben die Alleinherrschaft in der Welt an. Nach ihrem Willen soll sie neu kolonialisiert und militarisiert werden.

Die Konzentration des Kapitals, die internationale Vereinigung des Monopol- und Finanzkapitals, die Aufteilung der Märkte und die Neuaufteilung der Welt nehmen neue und gewaltige Dimensionen an. In ihrer Folge wächst die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Nord und Süd. Neue Weltkriege und Umweltschäden riesigen Ausmaßes drohen die Erde zu verwüsten. Die herrschenden imperialistischen Kräfte sind weder willens noch fähig, die Entwicklungsprobleme der Menschheit zu lösen. Sie bringen Sozial- und Demokratieabbau nach innen, Expansion und Gewalt nach außen.

Der Widerstand gegen diese Entwicklung beginnt sich zu formieren. Sozialistische, anti-imperialistische, revolutionär-demokratische und Friedenskräfte der ganzen Welt sind dabei, sich zu neuen Bewegungen zusammen zu schließen. Kommunisten sind in ihnen fest verankert. Wir sind Bestandteil der kommunistischen Weltbewegung und wollen dort einen verantwortungsvollen Beitrag leisten; wir betrachten es als das Gebot der Stunde, unsere Kräfte zu bündeln. Es ist höchste Zeit, dass sich die Kommunisten des Landes zusammenfinden und dabei alles Trennende in den Hintergrund stellen. Auf der Grundlage folgender gemeinsamer Grundpositionen wollen wir einen breiten und umfassenden Gedankenaustausch zu aktuellen, theoretischen wie praktischen Problemen unseres

Kampfes in Gang setzen und ein gemeinsames Handeln in Veranstaltungen und Aktionen für Frieden und sozialen Fortschritt, gegen Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung organisieren.

1. Zum Epoche-Verständnis

Von der Sklavenhalterordnung bis zum Kapitalismus wurde jede Gesellschaft wesentlich dadurch geprägt, dass die Eigentümer der Produktionsmittel Herrscher über Natur und Menschen waren.

Der Reichtum von Wenigen gründet sich auf die Ausbeutung und damit auch Armut der Vielen. Dieser Widerspruch beschränkt sich nicht auf die nationale Ökonomie: Reiche Nationen sicherten sich Wohlstand und Freiheit auf Kosten der Ärmsten: Kontinente werden erobert, Völker ihrer Naturschätze beraubt und teilweise ihre Kulturen zerstört. Die bis heute fortgesetzte Aufteilung der Welt in arm und reich ist der konzentrierteste Ausdruck dessen, was der Kapitalismus an Glanz und Elend hervorgebracht hat: Luxus und Parasitentum für wenige stehen Not und Joch für viele gegenüber. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution vollzog den ersten tiefen Einschnitt in diese Jahrtausend alte Ordnung: Mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in einem Land und später in Ländern auf mehreren Erdteilen wurde die Alternative zur Ausbeutung und Zerstörung schrittweise Realität. Soll die Menschheit eine Chance zum Überleben besitzen, muss es den noch bestehenden sozialistischen Ländern und vor allem der fortschrittlichen Arbeiterbewegung, das heißt allen kapitalismus-kritischen, lohnabhängig Beschäftigten in der Welt gelingen, diesen Übergang fortzuführen. Denn nach wie vor sind sie es, die den weltweiten Kampf für Frieden und Gerechtigkeit, gegen Krieg und Ausbeutung führen, auch wenn sie durch die Niederlage des Sozialismus in Europa empfindlich geschwächt worden sind.

2. Sozialismus und Kommunismus

Ein uralter Traum der arbeitenden Menschheit, dass die Früchte jene ernten sollen, die sie säten, soll sich erfüllen. Dazu wird nach unserer geschichtlichen Erfahrung kein noch so reformierter Kapitalismus willens und in der Lage sein. Wir sehen als gesellschaftliche Alternative die kommunistische Gesellschaft. Von dieser Vision trennen uns noch Welten, soll es doch in ihr weder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen noch Raubbau

an der Natur geben und im Ergebnis der Nutzung und Mehrung gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln möglich sein, persönliche Bedürfnisse im Einklang mit der fortzusetzenden gesellschaftlichen Entwicklung zu befriedigen.

Die erste Phase des Kommunismus, die wir Sozialismus nennen, ist dagegen für uns schon real. Denn damit bezeichnen wir die zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegende, eigenständige Periode der revolutionären Umwandlung der einen Gesellschaft in die andere. Ein guter Teil dieses Prozesses ist für uns mehr als Theorie. Er gehört zu unseren praktischen Lebenserfahrungen. Wir können es daher würdigen, bereits in einer Gesellschaft gelebt zu haben, in der Klassen nicht im Ausbeuterverhältnis zueinander standen und die erwirtschafteten Mittel so verteilt waren, dass soziale Sicherheit für jeden bestand.

Gleichzeitig wurden junge Nationalstaaten auf ihrem Weg zur politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit vom Kapitalismus und beim Aufbau des Sozialismus unterstützt.

3. Zur sozialistischen Revolution

Der Kapitalismus kann nur auf revolutionärem Wege überwunden werden. Die sozialistische Revolution selbst ist ein langjähriger Prozess und führt zu grundlegenden Änderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse. Soll dieser Prozess Ausdruck des Willens einer Bevölkerungsmehrheit sein und auf Dauer von ihr gestaltet werden, muss er von einem breiten Bündnis gesellschaftlicher Kräfte getragen werden.

Der sozialistische Staat entspricht dem Charakter dieser politischen Übergangsperiode. Er leitet den Um- und Aufbau der neuen Gesellschaft bei gleichzeitiger Niederhaltung der zu erwartenden reaktionären Kräfte vor allem aus der enteigneten Großbourgeoisie.

Wir Kommunisten wollen in diesem Bündnis mit unseren praktischen und geschichtlichen Erfahrungen und dem Marxismus als lebendige revolutionäre Theorie eine aktive, führende Rolle einnehmen.

4. Zum sozialistischen Aufbau

Die lohnabhängig Arbeitenden und die mit ihr Verbündeten werden die zu erringende politische Macht nutzen, um sozialistische Produktionsverhältnisse zu schaffen. Dazu gehört die Enteignung der Konzerne, Banken und Großgrundbesitzer. Das Privateigentum an Grund und Boden, an allen entscheidenden Produktionsmitteln und den Milliarden-

vermögen wird in gesellschaftliches Eigentum in den verschiedenen Formen umgewandelt. Wie die Erfahrungen des Sozialismus zeigen, wird damit der Grundstein für soziale Gleichberechtigung gelegt. Eigentum ist nicht mehr Quelle für Profitstreben und Ausbeutung.

Im Sozialismus kann es für eine bestimmte Zeit eine "gemischte" Wirtschaft geben, die private Hersteller und Dienstleister einschließt. Sie wird sich in dem Maße "entmischen", wie sich auf der Grundlage eines einheitlichen gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln ein gleiches Produktionsniveau der volkswirtschaftlichen Zweige entwickelt. Das Ziel einer planmäßig organisierten Volkswirtschaft im Sozialismus ist die Befriedigung persönlicher und gesellschaftlicher Bedürfnisse. Als Verteilungsprinzip gilt: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen. Erst in der höheren Phase, der kommunistischen Gesellschaft, kann gelten: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.

5. Zur sozialistischen Demokratie

Ihre politische Macht üben die lohnabhängig Arbeitenden mittels des Staates aus. Der Staat leitet die revolutionären Veränderungen wesentlicher gesellschaftlicher Verhältnisse. Sie sollen auf Solidarität, auf gegenseitiges Verständnis und gegenseitiger Hilfe, Gleichberechtigung der Frau, Achtung vor dem Alter und Förderung der Jugend gerichtet sein.

Wie Erfahrungen des Sozialismus zeigen, entwickelt sich auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums Demokratie als Volksherrschaft: Der Eigentümer, Beteiligte und von Lohnsklaverei Freie wird der Macht Ausübende und zugleich verantwortlich sein für die Einbindung aller Minderheiten. Dieser Prozess wird beitragen, das Bewusstsein der Menschen zu verändern. Das veränderte Bewusstsein wiederum wird Einfluss darauf nehmen, die Volksherrschaft auszugestalten. Die Organe dieser Staatsmacht müssen arbeitende Körperschaften sein und der Volkskontrolle unterliegen. Im Zuge demokratischer Ausgestaltung entwickelt sich die Rechtssicherheit der Bürger.

6. Zum Reformverständnis

Die kapitalistische Welt ist nicht allein mit parlamentarischen Mitteln durch eine Folge von Reformen in eine sozialistische umzuwandeln. Dennoch halten wir politische und wirtschaftliche Reformen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der lohnabhängig Arbeitenden und der Entwicklung ihres kapitalismuskritischen Bewusstseins als Vorstufen revolutionärer Veränderungen für notwendig.

Insbesondere treten wir für Reformen ein, die der anhaltenden Tendenz der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben Einhalt gebieten und umkehren und die Kommunen materiell so ausstatten, dass sie ihre Pflichten auch erfüllen können. Für besonders wichtig halten wir auch die Reformierung des Staates, der innen- und außenpolitisch zu einer Abrüstungs- und Friedenspolitik und zu einem sozial gerechteren Rechtssystem gezwungen werden muss. Daher unterstützen wir vor allem die verschiedensten Aktionseinheiten und Bündnisse, die als außerparlamentarische Kräfte in diesem Sinne wirken.

7. Aus Geschichte und Zukunft

Wir deutschen Kommunisten schöpfen in unserem Kampf aus den Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus auf deutschem Boden. Die Deutsche Demokratische Republik war und bleibt für uns die bisher größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auflösung der DDR stellt eine folgenschwere, auch internationale Niederlage dar. Es wird unsere Aufgabe bleiben, die Gründe zusammenzutragen und Folgerungen auch schon für unser jetziges Wirken zu ziehen.

Zwingender denn je steht die Frage: Sozialismus oder Barbarei! Wir haben uns für den Sozialismus entschieden. Unsere Überzeugung geben wir weiter, für ihre Verwirklichung kämpfen wir. Für diesen Kampf brauchen wir die revolutionäre Theorie des Marxismus - Leninismus, an deren weiterer Entwicklung wir mitwirken. Unser Kampf ist international.

"Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

Landesvorstand der DKP
Brandenburg
Müller -
Vorsitzende

Landesvorstand der KPD
Brandenburg
Fittinger -
Vorsitzender

Landeskoordinierungsrat der
KPF der Linkspartei.PDS Brbg.
Hannemann - (Sprecher)
Pannhausen - (Sprecher)

Aktionsprogramm

der Landesverbände des Landes Brandenburg der DKP, KPD und der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS

Durch die Tatsache, dass die Linkspartei.PDS mit starken Fraktionen im Bundestag und im Landtag Brandenburg vertreten ist, wurde eine Voraussetzung für das parlamentarische Wirken links orientierter Kräfte geschaffen.

Die Erfahrung lehrt jedoch, dass Initiativen für eine wirksame Friedens- und Sozialpolitik der Unterstützung und des Druckes durch außerparlamentarische Aktionen bedürfen. Diese werden umso wirkungsvoller sein, wenn sie von einem möglichst breiten Bündnis links orientierter Kräfte und Organisationen getragen werden. Deshalb haben wir beschlossen, unsere Aktionen weitgehend zu koordinieren.

Inhaltliche Grundlage für unsere Aktionen sind die gemeinsamen "Grundpositionen für die Zusammenarbeit der Kommunisten des Landes Brandenburg".

Unser Hauptziel ist, immer mehr Bürgerinnen und Bürger an unsere Positionen und Aktionen heranzuführen und sie von der Notwendigkeit einer sozialistischen Alternative zu überzeugen.

Wir werden uns gemeinsam an Aktionen beteiligen und solche selbst initiieren, die links gerichtete Ziele verfolgen. Das erfolgt sowohl in Form von Aktionen auf der Strasse als auch in gemeinsamen öffentlichen Veranstaltungen.

Deshalb vereinbaren wir:

1. Unsere Teilnahme an politischen Großveranstaltungen erfolgt gemeinsam und koordiniert. Die Inhalte, Termine und Formen des Auftretens werden halbjährlich abgestimmt.
2. Einmal im Jahr veranstalten wir gemeinsam eine öffentliche thematische politische Veranstaltung.

Jedes zweite Jahr führen wir eine gemeinsame Versammlung mit unseren Mitgliedern und Sympathisanten durch mit dem Ziel, inhaltliche Positionen zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen und Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit zu beschließen.

3. Wir werden in unseren Publikationsorganen die Möglichkeit schaffen, die im Aktionsprogramm vereinten Partner zu Wort kommen zu lassen. Dabei haben wir uns dahingehend verständigt, dass wir unbeschadet unterschiedlicher Auffassungen zu einigen

grundsätzlichen Problemen und im taktischen Verhalten bei aktuellen Ereignissen keine öffentliche Polemik untereinander austragen, sondern unsere Aktionen auf den politischen Gegner zu konzentrieren. In diesem Sinne nehmen wir auch auf unsere Bundespresseorgane Einfluss. Gleichzeitig bemühen wir uns verstärkt, unsere Ziele und Erfahrungen in anderen Publikationsorganen zu veröffentlichen und öffentlich zu vertreten. Entsprechend unseren Möglichkeiten werden wir verstärkt von Flugblattaktionen Gebrauch machen, um auf unsere inhaltlichen und organisatorischen Schwerpunkte aufmerksam zu machen.

4. Zur Vorbereitung unserer Aktivitäten stimmen sich die Vorsitzenden der Landesverbände halbjährlich ab. Für die Zeit dazwischen wird von jedem Partner ein Koordinator namentlich benannt. Dafür benennt die DKP Gen. Wolfgang Herrmann, die KPD Gen. Michael Berres, die KPF Gen. Klaus Blessing.

Wir bemühen uns, andere linke Parteien und Gruppierungen in unsere koordinierte Arbeit einzubeziehen.

Anlage 5

Gemeinsame Erklärung der DKP, der KPD und der KPF der PDS des Landes Brandenburg Berlin, 6. Juli 2005

Wir unterstützen die Wahlinitiative des Linksbündnisses aus PDS und WASG als gegenwärtig einzig reale Möglichkeit, der Herrschaft des Kapitals einen parlamentarischen Widerstand entgegen zu setzen.

Wir befürworten die Ziele des Linksbündnisses.

Wir unterstützen insbesondere die Notwendigkeit einer konsequenten Friedenspolitik und die Beendigung des Sozialabbaus.

Wir fordern die Einhaltung der demokratischen Grundrechte und wenden uns gegen jede Form von Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit.

Wir erwarten konsequente Maßnahmen zur Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums gemäß Grundgesetz durch rigorose Umverteilung des nationalen Reichtums von oben nach unten.

Wir vertreten die Auffassung, dass die parlamentarische Linke durch breit angelegte außerparlamentarische Aktionen unterstützt werden muss.

Wir sind in diesem Sinne zur Zusammenarbeit mit allen linken Kräften bereit.

Für den Landesvorstand
der DKP
gez. Brigitte Müller
Vorsitzende

Für den Landesvorstand
der KPD
gez. Michael Berres
stellv. Vorsitzender

Für die KPF der PDS
gez. Konrad Hannemann
Helmut Pannhausen
Sprecher des Koordinie-
rungsrates

Anlage 6

Schreiben des Landeskoordinierungsrates der KPF an die 1. Tagung des 1. Landesparteitages DIE LINKE. Brandenburg in Blossin am 26./27. Januar 2008

Berlin, 7. Dezember 2007

Der LKR der KPF DIE LINKE hat im Verlauf des Jahres 2007 in mehreren Beratungen nach einem mit der Gen. Kerstin Kaiser abgestimmten Konzept gemäß der Gliederung des Leitbildes Stellung genommen und ausführlich begründete Vorschläge zur Überarbeitung unterbreitet.

Am 5. Dezember 2007 haben wir den überarbeiteten Entwurf behandelt.

Wir konnten feststellen, dass eine Reihe unserer Vorschläge bei der Überarbeitung beachtet wurde. Aber unsere grundsätzlichen Überlegungen fanden kaum bzw. keine Berücksichtigung.

Verschiedene Genossen aus Basisorganisationen des Landes haben sich mit ihrer Meinung zum Leitbild an uns gewandt.

Wir kamen zu der Auffassung, dass die „Gedanken zum Leitbild“ von Horst Jäkel aus Potsdam vom Grundsatz den Überlegungen dieser Genossinnen und Genossen und auch den von uns im Prozess der Diskussion unterbreiteten Veränderungsvorschlägen sehr nahe kommen.

Wir unterstützen daher das Schreiben des Gen. Jäkel und betrachten es unsererseits als Antrag/Erklärung an die 1. Tagung des Landesparteitages DIE LINKE.

Im Auftrag des LKR der KPF
Konrad Hannemann
Sprecher

Anlage 7

Beschluss der Bundeskonferenz der KPF zur Arbeit mit dem Diskussionsangebot „Unsere Position zum Sozialismus im 21. Jahrhundert“

Berlin, 10. November 2007

1. Das Positionspapier wird allen Landeskoordinierungsräten der KPF zur Diskussion und Präzisierung übergeben. Hinweise zur Überarbeitung sind dem LKR des Landes Brandenburg bis spätestens Jahresende einzureichen.
2. Der LKR Brandenburg legt dem Bundeskoordinierungsrat (BKR) bis Ende Januar 2008 die Zwischenergebnisse der Diskussion zum Positionspapier vor. Für die Erarbeitung der entsprechenden Fassung wird eine Redaktionsgruppe gebildet.
3. Der BKR wird sich im I. Quartal 2008 darüber verständigen, wie mit den dann vorliegenden Ergebnissen der Sozialismusdebatte im Rahmen der Programmdiskussion der Partei DIE LINKE umgegangen wird.